Monatsspiegel

Mai 2022

SPD Erlangen

Adressaufkleber

GeMAInsam Zukunft gestalten!

So lautet der Aufruf des DGB zum 01. Mai 2022
Bereits die Vorläufer der heutigen Maiveranstaltungen der Gewerkschaften, ursprünglich beginnend mit dem Moving Day am 1. Mai 1886 und den anschließenden Haymarket Riots in den USA, resultieren aus dem Erkennen des Vorteils gemeinschaftlichen Handelns. ArbeitnehmerInnen schließen sich seitdem weltweit zusammen und organisieren sich, um gemeinsam ihre Bedürfnisse mitzuteilen und so Veränderungen zu bewirken. Auch Versuche verschiedener Regierungen und Systeme, z.B im Deutschen Reich ab 1933, diese Kraft der gemeinschaftlichen Organisation umzudeuten und anderweitig für ihre Zwecke zu missbrauchen, scheiterten langfristig gesehen.
Die Bedeutung solidarischen Handelns ist durch die politischen Veränderungen im Laufe der Zeit zunehmend wichtiger geworden. Durch Neoliberale Regierungen verschärfen sich, weltweit und auch bei uns, die Verteilung von Vermögen, Einkommensunterschiede und die Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Dies führt zu sozialen Ungerechtigkeiten und Spannungen in unserer Gesellschaft.

Von Petra Rothe
DGB-Kreisvorsitzende

Die nun im dritten Jahr herrschende Corona-Pandemie beleuchtet wie der Strahl eines Brennglases wo überall Probleme vorhanden sind: z.B. Fachkräftemangel, Defizite im Gesundheits- und Bildungssystem, die Situation von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Altersarmut, mangelnde Chancen-

Fortsetzung auf Seite 3

03.05.		Jusos: Sitzung		S. 24
10.05.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 23
11.05.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 23
12.05.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
17.05.		Jusos: Sitzung		S. 24
18.05.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 24
31.05.		Jusos: Sitzung		S. 24
02.06.	19:00	Wirtschafts- und Finanzsituation in Zeiten der Krise	Fortuna-Kulturfabrik Höchstadt	S. 5

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende: Munib Agha und Sandra Radue
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag bis Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Philipp Dees
Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch geshlossen
Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Silvia Schäfer, Lars Thomsen, Christian Wonnerth
Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Stefan Barth, Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Katrin Hurle, Wolfgang Niclas, Petra Rothe, Mark Schuster, Winfried Stein
Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

gleichheit und reduzierte Teilhabe aus Gründen unterschiedlicher Herkunft, Bildung, Geschlecht oder finanzieller Ausstattung.
Soziale Ungleichheit sorgt für Unsicherheit und befeuert die Spaltung der Gesellschaft. Rechtspopulisten nutzen diese Spannungen aus, um ihre menschenfeindlichen Ziele zu erreichen, sichtbar unter anderem auch bei Querdenkerdemonstrationen. Hier werden die Gefühle der Hilflosigkeit, des Ausgeliefertseins, der Isolation und des mangelnden Vertrauens in Gesellschaft und regierende Parteien der einzelnen Menschen ausgenutzt. Hinzu kommen große und schwerwiegende Veränderungen der Lebenswelten durch weltweiten Klimawandel und zunehmende Digitalisierung. Gerade hier ist solidarisches Handeln nötig!
Infolge des verabscheuungswürdigen Angriffskriegs auf die Ukraine seit dem 24.02.2022 kommt es aktuell rasant zu weiteren drastischen Veränderungen in unserem gesellschaftlichen Leben und zu wachsender Verunsicherung. Unsere engen globalen Verflechtungen, beispielsweise bei Zulieferketten europäischer Unternehmen, bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln weltweit und unsere gegenseitige Abhängigkeit bei Rohstofflieferungen werden nun deutlich sichtbar. Aktuell verschärft sich beispielsweise bereits jetzt in West-Afrika die Hungersnot als unmittelbare Folge des Kriegsüberfalls Russlands auf die Ukraine drastisch.
Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen diesen Krieg aufs Schärfste. Sie halten aber weiter daran fest, dass die militärische Friedenssicherung nicht zulasten des sozialen Friedens erkauft werden darf. Sie treten weiterhin für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.
Die aktuellen Krisen zeigen aber auch eine große Bereitschaft zur Solidarität. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und gemeinschaftliches Handeln sind gerade jetzt wichtig und notwendig, um Gesellschaft und Arbeitswelten gerecht zu gestalten.
Gewerkschaften vermitteln, besonders in Krisenzeiten, Sicherheit. Sie streben nach Zusammenschluss anstelle gesellschaftlicher Spaltung. Gemeinsam stehen sie für eine gerechte und solidarische Gesellschaft und gegen Sozialabbau zur Gegenfinanzierung von Krisen. Sie nehmen Einfluss auf die gesellschaftliche Transformation durch das Einfordern von Mitbestimmung und Tarifbindung.
Gewerkschaften verurteilen jegliche Angriffe auf Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung, bei uns, in Europa und weltweit. Mit Ihren Mitgliedern stehen sie ein, für die Achtung der Menschenrechte, für einen gewalt- und diskriminierungsfreien Umgang miteinander.
Sie fordern daher auch dieses Jahr am 01. Mai wieder zum gemeinsamen Handeln auf, aus der Überzeugung heraus, dass eine stabile Gesellschaft in Zukunft nur mit und durch die Beteiligung aller gelingen kann.

Rede auf der Friedensdemo von Katrin Hurle

Von Katrin Hurle

Man hört bezüglich des Angriffskriegs Putins gegen die Ukraine sehr viel über die tapferen ukrainischen Männer, die derzeit unter Einsatz ihres Lebens ihre Heimat verteidigen – und zweifelsohne gilt ihnen großer Respekt. Jedoch dürfen dabei die Rolle und die besondere Situation der Frauen in diesem Krieg keinesfalls vergessen werden.
Zunächst mag es so erscheinen, als würden die traditionellen Rollenbilder klar zum Vorschein treten: Die Frauen als das vermeintlich „schwache Geschlecht“ suchen in sicheren Ländern Schutz, während die Männer tapfer die Heimat verteidigen. Schließlich handelt es sich bei einem Großteil der Geflüchteten um Frauen und Kinder, Männer im wehrfähigen Alter dürfen die Ukraine gar nicht verlassen.
Doch Frauen sind nicht per se das schutzbedürftige „schwache Geschlecht“: Viele Frauen zeigen in der Kriegssituation eine beachtliche Stärke. So ist die Landesverteidigung keine rein männliche Angelegenheit: Einige Frauen greifen zur Waffe und stellen sich der russischen Armee, die ukrainische Armee besteht immerhin zu 15 % aus Frauen. Organisationen wie Ukrainian Women‘s Guard organisieren Selbstverteidigungs- und Überlebenstrainings für Frauen im Krieg.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 12. Mai 2022, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:
1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Zukunft der Arbeit**
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Munib Agha Sandra Radue

Einige Frauen halten in der Heimat Stellung, ohne zur Waffe zu greifen: Frauen im Gesundheitswesen, die sich trotz der gefährlichen Umstände – schließlich werden immer wieder auch Krankenhäuser beschossen - weiter mit vollem Einsatz um die Vielzahl an Kranken und Verletzten kümmern. Andere wollen nicht fliehen, da sie Angehörige, die beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen nicht fliehen können, nicht im Stich lassen wollen.

Doch trotz der beachtlichen Stärke, die viele Frauen an den Tag legen, darf nicht vergessen werden, dass gerade Frauen in Kriegen oft in besonderer Hinsicht die Leidtragenden sind. Werdende oder frisch gebackene Mütter sind in einer äußerst dramatischen Situation, wir alle kennen die Bilder von Müttern mit ihren Neugeborenen in Luftschutzbunkern. Medizinische Versorgung ist oft mangelhaft.

Dazu kommt es in Kriegsgebieten verstärkt zu sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen, Vergewaltigung wird oft als Kriegswaffe eingesetzt. Auch aus der Ukraine gibt es Berichte über Vergewaltigungen durch russische Soldaten.

Die Frauen, die sich – meist allein oder mit ihren Kindern - auf die Flucht begeben, sind ebenfalls Gefahren ausgesetzt. Die Flucht aus dem Kriegsgebiet ist beschwerlich, die Frauen sind oft tagelang in überfüllten Zügen unterwegs. Besonders die Frauen aus dem Osten der Ukraine müssen einen großen Teil ihrer Reise durchs Kriegsgebiet bewältigen, mit den damit verbundenen Gefahren.

Doch auch wenn sie es über die Grenze geschafft haben, sind sie noch nicht unbedingt in Sicherheit: Immer wieder gibt es Fälle, bei denen Männer ukrainischen Frauen bei der Ankunft dubiose Wohn- oder Übernachtungsangebote machten. Es geht um den Verdacht der sexuellen Ausbeutung, Zwangsprostitution oder des Menschenhandels. Deshalb ist es absolut wichtig und richtig, dass die zuständigen Ministerinnen Ukrainerinnen mit einer hohen Polizeipräsenz an Bahnhöfen und entsprechender Sensibilisierung des Einsatzpersonals vor derartigen Verbrechern schützen möchten. Wir müssen alles dafür tun, dass die Frauen, die glücklicherweise dem Schrecken des Krieges entkommen konnten, nicht im nächsten Alptraum landen.

Doch perspektivisch müssen wir uns überlegen, wie wir eine Welt schaffen können, in der niemand mehr vor einem Krieg fliehen muss. Können Frauen auch ein Teil der Lösung sein? Wäre die Welt ein friedlicherer Ort, wenn Frauen mehr zu sagen hätten? Immerhin wurde der aktuelle Krieg von einem Mann angezettelt, der sich, oben ohne auf einem Pferd reitend, als „typisch männlich“ inszeniert – doch letztlich ist er kein starker Kerl, sondern ein Paradebeispiel toxischer Männlichkeit mit Hang zu narzisstischen Selbstinszenierungen und einem übersteigerten Machtbedürfnis.

Tatsächlich zeigen zahlreiche empirische Studien: Friedensverhandlungen, an denen Frauen in führender Verantwortung beteiligt sind, entwickeln einen nachhaltigeren Effekt. Trotzdem sind Frauen nach wie vor bei der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedenskonsolidierung vernachlässigt. Frauen müssen in diesen Bereichen daher künftig viel stärker vertreten sein und insbesondere bei den Vereinten Nationen, der EU und der NATO gleichberechtigt mitwirken. Eine feministische Sichtweise auf Konflikte, deren Ursachen und die Möglichkeiten zu deren Beilegung ist unverzichtbar, um nachhaltig Frieden zu schaffen.

Denn eines klar: Krieg bringt Verderben, für Frauen und für Männer.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.05. Dieter Beck
69 Jahre

02.05. Silvia Schäfer
66 Jahre

03.05. Soraya Löwe
66 Jahre

06.05. Ursula Lanig
69 Jahre

08.05. Günter Braun
83 Jahre

12.05. Felix Wosnitzka
79 Jahre

12.05. Michael Stoisiek
76 Jahre

15.05. Wilhelm Horn
75 Jahre

16.05. Gudrun Mühlhofer
71 Jahre

17.05. Ute Preuß
82 Jahre

17.05. Wiebke Schmielau
73 Jahre

25.05. Rohland Opfermann
72 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
83 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
76 Jahre

27.05. Jürgen Theuerkauf
70 Jahre

27.05. Karin Sichel
80 Jahre

27.05. Lüer Rietzsch
75 Jahre

27.05. Sara Leeb
68 Jahre

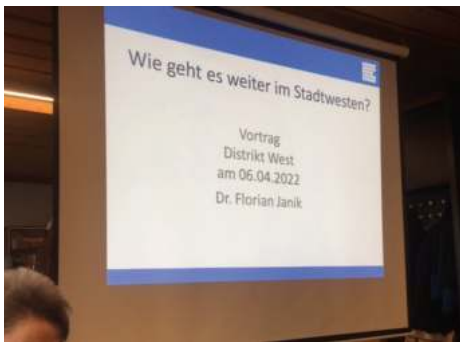
30.05. Christian Holland
60 Jahre

31.05. Gisela Jellici
88 Jahre

„Wie geht es weiter im Stadtwesten?“
Veranstaltung mit Oberbürgermeister Dr. Florian Janik

Zweimal war die Veranstaltung verschoben worden wegen der angespannten Coronalage - am 6. April 2022 fand sie endlich statt.
Der große Saal der Gaststätte Güthlein war gut gefüllt und der OB enttäuschte die zahlreichen Anwesenden nicht, denn er spannte einen weiten Bogen über die Fülle von Projekten, die in Alterlangen, Büchenbach und den Dörfern im Westen gerade am Laufen sind oder demnächst in Angriff genommen werden. Neben der Stadtumlandbahn kamen die zahlreichen Bauprojekte im Stadtwesten zur Sprache, die zwar einher gehen mit größerer Verkehrsbelastung, aber letztlich mehr Raum für Wohnen und soziales Miteinander schaffen.

Im Anschluss an den Informationsteil nutzten viele Anwesende die Möglichkeit, ihre Fragen direkt an den Oberbürgermeister zu stellen. Wer dies nicht im Plenum tun wollte, konnte sich danach



noch im persönlichen Gespräch an ihn wenden. Nach der langen Zeit der online-Konferenzen zeigte die insgesamt gelungene Veranstaltung, wie wichtig Treffen in Präsenz sind.

Veranstaltungsankündigung:

„Wirtschafts- & Finanzsituation in Zeiten der Krisen“

mit:

Dr. Norbert Walter-Bojans, Prof. Achim Truger (Wirtschaftsweiser) sowie Prof. Gustav Horn (Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Beirates der SPD)

Am Donnerstag, den 2. Juni, um 19:00 Uhr*
Kultursaal der Fortuna-Kulturfabrik in Höchstadt

Nachdem wir letztes Jahr mit Prof. Bofinger (Ehem. Wirtschaftsweiser und Vorgänger von Prof. Achim Truger), der Frage nachgegangen sind, ob die von der SPD geplanten finanziellen Aufwendungen für die Bekämpfung der Pandemie und für die notwenigen Investitionen für die Transformationen in der Industrie und für die Energiewende finanzierbar sind, möchten wir dieses Jahr durchaus thematisch direkt darauf aufsetzen.

Als zusätzliche Krise kommt nun die Ukraine Krise und ihre Folgen hinzu.

Weitere Themen soll u.a. aber auch die Wirkweise des „SACHVERSTÄNDIGENRATES zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ in der Politik und die Aufgaben des „Wirtschaftspolitischen Beirates der SPD“.

*Datum/Zeit können sich noch ändern.
Für aktuelle Infos: www.spd-adelsdorf.de

Nominierungsverfahren für die Landtags- und Bezirkstagswahl

Für die Landtags- und Bezirkstagswahl im September oder Oktober 2023 werden wir 2022 unsere Kandidat*innen für den Stimmkreis Erlangen nominieren. Neben unserem Kreisverband gehören zum Stimmkreis auch Möhrendorf und Heroldsberg. Auf der Kreismitgliederversammlung im April hat Gisela Niclas mitgeteilt, nicht wieder für den Bezirkstag zu kandidieren.
Neben den Direktkandidat*innen für beide Mandate werden wir voraussichtlich auch je ein*e Listenbewerber*in vorschlagen.

Im Kreisvorstand wurde folgender Ablauf für die Kandidat*innenaufstellung festgelegt:

- Bewerbungen für eine Kandidatur für den Landtag und Bezirkstag sollen bis zum Redaktionsschluss des Monatsspiegels Juni (18.05.) beim Kreisverband eingehen (buero@spd-erlangen.de, gerne parallel auch an die Kreisvorsitzenden und die OV-Vorsitzenden Möhrendorf und Heroldsberg – die Info wird aber natürlich auch weitergegeben). Die Kandidaturen werden dann im Monatsspiegel Juni veröffentlicht, mit einem Bewerbungstext von maximal 1,5 Seiten (Standard-Format Word) und Foto, wenn ihr beides mit abgebt.
- Im Juni und in der ersten Hälfte Juli können die Distrikte und Arbeitsgemeinschaften die Bewerber*innen zu Vorstellung und Diskussion einladen; möglicherweise gibt es auch entsprechende Termine in Möhrendorf und Heroldsberg, das ist aber noch nicht abgestimmt.
- Die Kreismitgliederversammlung am 21.07. wählt die 36 Delegierten zur Aufstellungskonferenz (auch hierfür brauchen wir Bewerbungen!) und gibt ein Votum an, welche Bewerbung für Landtag und Bezirkstag der Kreisverband empfiehlt.
- Die Aufstellungskonferenz selbst (mit Möhrendorf und Heroldsberg) wird Ende September oder Anfang Oktober stattfinden, der genaue Termin muss noch abgestimmt werden.

Den Zeitplan haben wir so festgelegt, dass wir einer möglichen Corona-Welle im Herbst mit entsprechenden Einschränkungen möglichst entgehen.
Selbstverständlich sind nach der Satzung der Partei und dem Wahlgesetz Bewerbungen für eine Kandidatur auch noch bis zur Aufstellungskonferenz und auf dieser selbst möglich. Mit dem Zeitplan wollen wir aber allen, die sich bewerben wollen, gleiche Chancen sichern und allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich ein Bild von den Bewerber*innen zu machen und über die Juli-KMV an der Kandidaturentscheidung teilzunehmen. Deshalb bitten wir euch, euch an diesen Zeitplan zu halten, wenn ihr kandidieren möchtet!

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 10/2021

sparkasse-erlangen.de/giro

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion

Zur Städtepartnerschaft mit Wladimir

Seitdem am 24.02.2022 der Krieg Russlands gegen die Ukraine begann, werden viele Beziehungen und Kontakte zu Russland in Frage gestellt. So war auch die Städtepartnerschaft mit Wladimir Thema in der Stadtratssitzung vom März.

Im Jahre 1986, einem ereignisreichen Jahr, wurde diese unterzeichnet mit den Worten: „Die Partnerschaft zwischen Erlangen und Wladimir soll zu Frieden und Entspannung beitragen. Sie kann nur in einer Atmosphäre des Friedens gedeihen.“ Die Partnerschaft stand von Anfang an in einem Spannungsverhältnis: Um die Kontakte zur Zivilgesellschaft halten und gestalten zu können, sind Kontakte zu offiziellen Stellen, damals der kommunistischen, repressiven Sowjetunion, notwendig.

Es ist bekannt, dass das Regime in Russland sehr repressiv agiert. Schon seit der Annexion der Krim 2014 und dem zunehmenden Umbau Russlands zum autoritären Staat wurden die Kontakte zu offiziellen Stellen auf das Notwendige beschränkt. Sie komplett abzubrechen, würde aber auch die Kontakte in die Zivilgesellschaft und zu vielen, auch kritischen, Initiativen und Bürger*innen abbrechen – denn solche Kontakte dürfen im autoritären Russland nicht am Staat vorbei gepflegt werden.

Weil diese Kontakte wichtig sind – vor allem auch für die Russ*innen, die dem Regime kritisch gegenüber stehen – hat der Stadtrat beschlossen, die Beziehungen nicht abzubrechen. Es wurde aber eine Resolution verabschiedet, in der die Stadt Erlangen den Krieg gegen die Ukraine als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verurteilt, was auch im Rahmen der Städtepartnerschaft deutlich gemacht wird. Die Stadt unterstützt alle Bemühungen, um aus der Ukraine geflüchteten Menschen zu helfen und sie aufzunehmen und besonders die Stadt Nürnberg in ihrem Bestreben, deren ukrainischer Partnerstadt Charkiv zu helfen.

Gleichzeitig wird die Stadt Erlangen die Kontakte zur Zivilgesellschaft in Waldimir aufrecht erhalten. Insbesondere der Partnerschaftsbeauftragte wird als Vermittler zwischen der Zivilbevölkerung Erlangens und Wladimirs eingesetzt. Vorbereitungen für ein klassisches Jubiläum mit Wladimir sind derzeit nicht vorstellbar und werden nicht vorbereitet.

Bei all dem ist zu betonen, wie hoch die Hilfsbereitschaft für aus der Ukraine Geflüchtete ist in Deutschland und auch in Erlangen. Dass sich daran auch viele in Erlangen lebende Russ*innen beteiligen macht Mut auf ein gemeinsames und friedliches Europa. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister betont: „Es ist uns wichtig, dass diese Partnerschaft weiterhin besteht. Gerade in schwierigen Zeiten mit dem klaren Anspruch, nicht für Propagandabilder und -texte Kulisse zu sein, sondern den kritischen Dialog zu Frieden, Menschenrechten und Demokratie zu führen!“

Erlangen hilft Geflüchteten aus der Ukraine

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine wird mit unmenschlicher Brutalität fortgesetzt. Nach wie vor gibt es deshalb eine hohe Zuwanderungsdynamik, vor allem in die Nachbarstaaten und nach Westeuropa. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind rund 3,6 Millionen Menschen geflohen oder wurden vertrieben. In Deutschland wurden von den offiziellen Stellen bereits rund 232.000 Geflüchtete aus der Ukraine erfasst, die inoffiziellen Zahlen dürften höher sein.

In Erlangen hat sich die Zahl der Geflüchteten in den letzten zwei Wochen mehr als verdoppelt. Über 1000 Geflüchtete sind in unserer Stadt, um hier Schutz und Unterstützung zu finden. Zum einen werden Menschen über die zentralen Verteilmechanismen zugewiesen, zum anderen kommen Menschen „auf eigene Faust“ in die Stadt, weil sie hier Freunde, Bekannte oder Verwandte haben oder weil Erlangen für sie ein sicherer Hafen ist. Geflüchtete Staatsangehörige aus der Ukraine und ihre Familienangehörigen erhalten ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht von zunächst einem Jahr.

Eine wichtige Rolle nehmen beim Ankommen die Flüchtlings- und Integr ationsberater*innen im Rathaus ein. Dolmetscher*innen geleiten Ankommende erst zur Meldung beim Einwohnermeldeamt, dann werden Anträge für Asylbewerberleistungen gestellt und soweit möglich Unterkünfte vermittelt.

Für die Notaufnahme in Erlangen wurden die Halle am Europakanal, die Halle der Hedenusschule und die Egon-von-Stephani-Halle für eine Unterbringung

von mehreren Hundert Menschen ertüchtigt.
Perspektivisch stellt der Freistaat Bayern im Rahmen der Katastrophenhilfe den derzeit leerstehenden Himbeerpalast vorübergehend als Notunterkunft zur Verfügung, um eine Alternative zur Unterbringung von Menschen in Turnhallen zu schaffen. Dazu sind aber noch Umbauten z.B. für sanitäre Anlagen nötig. Die Sozialverwaltung arbeitet mit Hochdruck daran, neben den Wohnungen, über die die Stadt verfügt, auch Hotelzimmer, Appartements oder Privatwohnungen zu vermitteln.
Für die meisten Geflüchteten stehen im Moment humanitäre Fragen wie Sicherheit, Unterbringung, die Gesundheitsversorgung und die psychosoziale Unterstützung im Vordergrund. Aufgrund der familiären Situation – es handelt sich zu hohen Anteilen um Frauen, die mit minderjährigen Kindern das Land verlassen haben - wird eine mögliche Integration in den Arbeitsmarkt auch wesentlich von der Integration von Kindern in die Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und den entsprechenden Betreuungsangeboten abhängen.
Den aus der Ukraine geflohenen Kindern und Jugendlichen soll schnell ein gutes Ankommen an den bayerischen Schulen ermöglicht werden. Unter der Federführung des Staatlichen Schulamtes werden an vielen Schulen sog. pädagogische Willkommensgruppen organisiert oder die Aufnahme in Klassen oder Unterrichtsgruppen (z. B. Deutsch-Klassen) vorbereitet.
Auch in den Kindertagestätten werden niedrigschwellige Angebote vorbereitet.
Es gibt eine große Hilfsbereitschaft in der Erlanger Bevölkerung, die sich in Form von Spenden und ehrenamtlicher Unterstützung auszeichnet. Die Erlanger Tafel spielt eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Auch viele Vereine, Verbände, Kirchengemeinden und Einrichtungen bieten ihre Hilfe an, stellen Räume zur Verfügung, begleiten, unterstützen und erleichtern dadurch das Ankommen der Geflüchteten in unserer Stadtgesellschaft.
Erlangen ist vielfältig und offen aus Tradition und stellt dies einmal mehr beeindruckend unter Beweis.
Wer sich ehrenamtlich engagiere möchte, Geld spenden oder eine Wohnung anbieten kann findet alle notwendigen Informationen auf der Seite der Stadt Erlangen.

SPD-Fraktion mit neuem Vorstand

Philipp Dees wird ab Mai die SPD-Stadtratsfraktion als Vorsitzender führen. Die Fraktion wählte den 40-jährigen am Montag mit 13 von 14 Stimmen.
Die bisherige Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister hatte nach acht Jahren nicht wieder für dieses Amt kandidiert, gehört dem Fraktionsvorstand aber weiter als stellvertretende Vorsitzende an. Zweite stellvertretende Vorsitzende ist künftig Eda Simsek. Munib Agha, der bisher dem Vorstand angehörte, konzentriert sich auf seine Aufgabe als SPD-Kreisvorsitzender. Wie bisher bildet der neue Fraktionsvorstand die Vielfalt ab, für die die SPD-Fraktion seit 2020 noch stärker steht.
„Ich freue mich über das große Vertrauen der Fraktion“, sagte Dees nach der Wahl: „In den letzten Jahren haben wir mit Barbara Pfister als Fraktionsvorsitzender und natürlich ‚unserem‘ Oberbürgermeister viel erreicht – nur als Schlagworte: ErlangenPass, Trendwende beim geförderten Wohnungsbau, Klimanotstand und konsequente Maßnahmen dagegen, Ausbau der Bürgerbeteiligung, Schulsanierungsprogramm, Ausbau der Kinderbetreuung und Campus berufliche Bildung, ‚Kultur für alle‘ und noch vieles mehr. Diese erfolgreiche Arbeit möchte ich mit dem neuen Team des Fraktionsvorstandes und vor allem mit der gesamten Fraktion fortsetzen. Unsere Fraktion funktioniert als Miteinander, wo wir ehrlich miteinander diskutieren, und dann gemeinsam handeln. Jede*r von uns sucht den Kontakt zu Bürger*innen und zu Vereinen und Initiativen und bringt deren Anliegen in die Fraktion ein. Dieses Miteinander und der intensive Kontakt nach außen war unsere Stärke in den letzten acht Jahren, deshalb haben wir so viel erreichen können. Und genau deshalb will ich, dass wir so weiter arbeiten. Denn es gibt viel zu tun: Weiter voran beim Wohnungsbau, der Ausbau des ErlangenPass zum ErlangenPass plus, der konsequente Kampf gegen den Klimanotstand, die Zukunft unserer Innenstadt, die Veränderungen durch SiemensCampus und Universitätsentwicklung, die großen Kulturprojekt wie das Museumsquartier und die kleinen Angebote, die die Vielfalt unserer Stadt ausdrücken, und vieles mehr. Wir als Fraktion haben mit der Vielfalt unserer Mitglieder die Kompetenz, all diese Entwicklungen voranzutreiben und damit unsere Stadt erfolgreich zu gestalten. Ich freue mich, eine solche Fraktion anführen zu dürfen.“

Zu den Mitgliedern des Fraktionsvorstands
Philipp Dees (Jahrgang 1982) gehört dem Stadtrat seit 2014 an und war seitdem stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Der Beamte bei der Regierung von Mittelfranken ist Sprecher der Fraktion für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauen und vertritt sie im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss, im Bau- und Werkausschuss sowie im Aufsichtsrat der Gewobau. Überregional ist er Mitglied im Bau- und Planungsausschuss des Bayerischen Städtetags und gehört Landesvorstand und Präsidium der BayernSPD an.
Barbara Pfister (Jahrgang 1962) ist seit

1996 Mitglied des Stadtrats und langjähriges Mitglied des Fraktionsvorstands. Sie ist Sprecherin für Personal, Verwaltung, Frauen und Gleichstellung sowie Diversity. Sie leitet den Bildungsausschuss und ist Mitglied im Ältestenrat, im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss, im Aufsichtsrat der Gewobau und im Verwaltungsrat der Sparkasse. Beruflich arbeitet sie als Dozentin am Institut für Fremdsprachen und Auslandskunde.
Aydan Eda Simsek (Jahrgang 1995) wurde 2020 erstmals in den Stadtrat gewählt und ist Sprecherin der Fraktion für Jugend und Familie. Sie studiert im Master Politikwissenschaft an der FAU. Sie gehört dem Jugendhilfeausschuss, dem Umwelt, Verkehrs- und Planungsausschuss sowie dem Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke an.

Herzlichen Glückwunsch an Anke Steinert-Neuwirth zur Wiederwahl!

Im März hat der Stadtrat die Referentin Anke Steinert-Neuwirth, die seit 2017 die Bereiche Jugend (bis Februar 2022), Kultur und Bildung leitet, für eine weitere Amtszeit (2023-2029) gewählt.
Vorgeschlagen hatte Steinert-Neuwirth vor 6 Jahren die SPD-Fraktion. Die Zuständigkeit für das Jugendamt hat sie – in Anbetracht der im Vergleich sehr großen Zahl der städtischen Ämter und Schulen in ihrem Bereich – an Sozialreferent Dieter Rosner abgetreten.
„Anke Steinert-Neuwirth ist genau richtige Frau für die wichtigen Aufgaben dieses Referats“, erklärt Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Sie hat in den vergangenen Jahren bewiesen, mit wie viel Engagement, Kreativität und Führungsstärke sie die sehr unterschiedlichen Ämter in ihrem Referat weiterentwickelt und die vielfältigen Angebote für die Menschen in unserer Stadt gestärkt und ausgebaut hat. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und unserer Fraktion hat sie sich in ihrer Arbeit an den Zielen der Bildungsgerechtigkeit, des Ausbaus von Ganztagsschulen und Kitas, der ‚Kultur für Alle‘ und der Weiterentwicklung der Festivals, der Stärkung der Stadtteilzentren, der Nachhaltigkeit und Vielfalt orientiert. Als wichtige Projekte, die bereits begonnen wurden, lassen sich insbesondere der neue Frankenhof, die Umgestaltung des Stadtmuseums, die umfangreichen Schulsanierungsprojekte sowie der Neubau von Kitas, das Megaprojekt ‚Campus Berufliche Bildung‘, das ‚ZAM‘ oder das Bürgerhaus im Erlanger Westen nennen.“
Bei all diesen Projekten legt die Referentin großen Wert auf den Austausch mit den Beteiligten und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen sowie auf soziale Teilhabe, Integration und Inklusion. Hinzu kamen eine Reihe zusätzlicher Anforderungen in der Pandemie, die die Referentin gemeinsam mit ihren Mitarbeiter*innen sehr gut gemeistert hat.
Die SPD-Fraktion gratuliert Anke Steinert-Neuwirth sehr herzlich zur Wiederwahl und freut sich auf die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

Im letzten Rathaustelegramm finden Sie ein Interview mit Anke Steinert-Neuwirth.

Der Zollhausplatz wird Klimaplatz!

Bürger*innenbeteiligung und Gestaltung des Platzes wegweisend für weitere Entsiegelungsmaßnahmen in der Stadt
„Alles so schön grau hier“ - so lautete 2016 der Titel einer Veranstaltung des SPD-Kreisverbands Erlangen auf dem Zollhausplatz. Gemeinsam mit den Anwohner*innen des Zollhausviertels haben wir diskutiert, ob und wie der Platz umgestaltet werden soll. Das Ergebnis der Veranstaltung war, dass die Anwohner*innen sich eine höhere Aufenthaltsqualität auf dem Platz wünschen. Dies hat die SPD-Fraktion dazu veranlasst, die Verwaltung zu beauftragen, einen Bürger*innen-Workshop zur Umgestaltung des Zollhausplatzes vor Ort durchzuführen. Dieser Prozess zog sich über mehrere Jahre und ist nun zum Abschluss gekommen.
Begonnen wurde mit einem sehr allgemein gehaltenen Workshop im April 2018, auf dem den Gedanken freier Lauf gelassen und Ideen gesammelt wurden. Gut ein Jahr später fand die nächste Phase in Begleitung eines Architekturbüros statt, das drei verschiedene Entwürfe zur Diskussion stellte. Durchgesetzt hat sich der Entwurf, der die größten Entsiegelungsanteile hat und das Pflanzen von mehreren zusätzlichen Bäumen vorgesehen hat. Wert gelegt wurde dabei auch auf eine hohe Aufenthaltsqualität. Ein Platz, der also nicht nur für mikroklimatische Verbesserungen im Stadtteil sorgen, sondern auch ein Ort der Begegnung im Zollhausviertel werden soll.
Im Juni letzten Jahres fand aufgrund der COVID-19-Pandemie mit größerer Verspätung die letzte Workshop-Phase mit einer detaillierteren Planung des Klima-Platzes statt. Nach der Begehung des Platzes, als auch der angrenzenden Straßen, wurde der Entwurf nochmals

ausgebreitet und Bürger*innen konnten ihre Kritik, Lob und Verbesserungsvorschläge anpinnen. Drei Wochen später wurden die eingearbeiteten Vorschläge im Innenhof des Museumswinkels vorgestellt, woraufhin sich die Architekt*innen daranmachten, die Vorplanung des Klimaplatzes fertigzustellen.
Das Ergebnis auf Grundlage der Bürger*innenbeteiligung kann sich mehr als sehen lassen: Neben der bereits erwähnten massiven Entsiegelung der Flächen und der Baumpflanzungen wird hier ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität durch anspruchsvolle Architektur und Kunst entstehen. Dabei wird auf nachhaltige und vor allem langlebige Materialien gesetzt.
Außerdem soll das Schwammstadtprinzip zur Anwendung kommen. Dieses basiert auf der Speicherung von Wasser, wenn es im Überfluss vorhanden ist. Das Wasser steht dann zur Verfügung, wenn es gebraucht wird.
Mit der Realisierung des Klimaplatzes werden drei Dutzend Parkplätze zugunsten von Entsiegelungen, Baumpflanzungen und Multifunktionsparkflächen wegfallen. Für die Anwohner*innen des Zollhausplatzes werden allerdings Parkplätze auf der Fläche neben dem Museumswinkel an der Gebbertstraße zur Verfügung gestellt.
Mit dem Stadtratsbeschluss kommt nun ein Best-Practice-Beteiligungsprozess zum Abschluss, der für weitere Entsiegelungsmaßnahmen von Plätzen und Straßenzügen in Erlangen Vorbild sein wird. Denn nicht nur im Zollhausviertel soll es grüner werden.
Dokumentation des Beteiligungsprozesses
Beschlussvorlage mit Vorplanung in der Anlage

Unterstützung für das ZAM – ein neuartiges Projekt mit grofler Ausstrahlung

Im März hat der Stadtrat einen Fördervertrag für den Betreiberverein des „ZAM“ (Zentrum Austausch und Machen) beschlossen, der im ehemaligen „Greiner“ in der Erlanger Altstadt angesiedelt ist.
Dort ist ein Ort der Gemeinschaft entstanden, für Menschen, die Ideen haben, und Menschen, die wissen, wie man Ideen in Realität verwandelt. Eine offene Werkstätten-Landschaft zum Lernen und Mitmachen, zum Spielen und Erfinden und zum Austesten, wie viel man aus Ressourcen herausholen kann – aus ganz werkstofflichen Ressourcen ebenso wie aus den eigenen Händen und Köpfen. „Dieses herausragende Projekt sehen wir als große Chance für die Altstadt, für Kreativität und Beteiligung und für die Stadt als Ganzes“, erklärt SPD-Sprecher Clemens Heydenreich. „Wir haben dieses Projekt daher von Anfang an konstruktiv begleitet und werden es weiterhin unterstützen.“
Wie unverzichtbar all das ist, was früher gerne in den Randbereich der „Soft Skills“ oder der „Freizeitgestaltung“ verwiesen wurde, hat sich uns in der Corona-Krise gezeigt. Vor allem in den Lockdown-Phasen, in denen fast alle Menschen schlagartig zurückgeworfen waren – auf sich selbst und auf ihre engsten Kontakte in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft. Fertigkeiten zu haben, neue zu erlernen, sie zu teilen und für sie wertgeschätzt zu werden – das macht Menschen stark. Sie sind Lebensmittel, Überlebensmittel. Und es hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, Räume zu haben, in denen diese Überlebensmittel allen zur Verfügung stehen – um somit also auch Nachbarschaften stark zu machen.
Das ZAM schafft solche Räume auf über 3.000 Quadratmetern im Herzen der Altstadt. Dort schwirren seit der Schlüsselübergabe vor einem halben Jahr die Ideen nur so hin- und her – sie reichen vom Upcycling von Autoreifen zu Flip-Flops bis hin zum Repair-Café, von der Nahversorgungsquelle für Schrauben bis zum Verkaufsautomaten für Kunstwerke, von der Mikrobrauerei bis zur knallharten praktischen Laborforschung am Zukunftswerkstoff „Pilzmyzel“. Der Leitgedanke „Know-How teilen macht Städte stark“ besagt: Eine Stadt, in der die Menschen kleinräumig ihre Ideen und Ressourcen zusammentragen, übersteht auch schlechte Zeiten gut – und in guten Zeiten ein Ort des nachhaltigen Wirtschaftens und des inspirierenden Zusammenlebens.
Das ZAM hat zugleich auch eine stadtgestalterische Funktion: Mit ihm setzt die Stadt Erlangen auch einen Prozess der Quartiersentwicklung mit breiter Beteiligung von Bürger*innen in Gang. In der Altstadt zeichnen sich gewisse Wegmarken eines hoffnungsvollen Wandels schon ab im Nebel der Zukunft: eine verkehrsberuhigte Hauptstraße, das künftige Museumsquartier, der Umbau des Großparkplatzes zum neuen Stadtteil, neue Perspektiven auch für die Fuchsenwiese und die Altstadtmarktpassage. Inmitten dieses Wandels unterstreicht die Stadt mit dem ZAM im ehemaligen Greiner-Haus ihre Verantwortung für die Gestaltung des Quartiers.
Das ZAM wird in die Stadt insgesamt ausstrahlen und sein Umfeld anstecken mit Gemeinschaftsgeist, Lernbegierde und Freude an sichtbaren Erfolgserlebnissen.
Die Menschen, die sich im ZAM engagieren, wollen anpacken, sich zur Nachbarschaft öffnen und mit ihr und allen interessierten Bürger:innen gemeinsam aushandeln, was genau das ZAM sein kann. Dazu gehören auch Kooperationen dem E-Werk, dem Lesecafé der VHS, aber auch mit der FAU, den Schulen und den Festivals.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2022
18. Mai 2022

Am Langemarckplatz entsteht eine neue KiTa

Am Langemarckplatz wird das Studentenwerk eine KiTa bauen, in der die beiden bisherigen Krippen „KraKaDu“ untergebracht und um eine dritte Krippengruppe erweitert werden. Diese Planungen hat das Studentenwerk schon länger verfolgt und dazu 2019 einen Architektenwettbewerb für eine KiTa kombiniert mit einem Studierendenwohnheim durchgeführt.
Unter anderem wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie hat das Studentenwerk seine Planungen geändert und verzichtet auf das Studierendenwohnheim. Folge dieser Umplanung ist, dass auf dem Gelände des Studentenwerks entlang des Weges zum Wohnheim Hoffmannstraße ein nur eingeschossiger Bau für die drei Krippengruppen entstehen wird. Auf dem Dach soll eine Dachterrasse entstehen, die von Mensa-Gästen genutzt werden kann.
An dieser Planung gab es nach der Vorstellung im Bauausschuss deutliche Kritik, auch durch die SPD-Fraktion. Denn nur eingeschossig zu bauen widerspricht dem sparsamen Umgang mit Grund und Boden. Andererseits war für die SPD-Fraktion auch nachvollziehbar,

dass das Studentenwerk die KiTa selbst eingeschossig bauen möchte, da gerade Kinderkrippen über mehrere Stockwerke hohe Anforderungen stellen, da Kleinkinder nicht einfach Treppen hinauf- und herunterlaufen können. Und auch der Verzicht des Studentenwerks auf ein Studierendenwohnheim ist angesichts der Unsicherheit darüber, wie das Studium nach Corona aussehen wird, verständlich.

Daher hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Kita zwar gebaut, aber so geplant wird, dass später eine Aufstockung für ein Wohnheim oder auch für Büros des Studentenwerks erfolgen kann. Nach einiger Diskussion gibt es nun die Zusage, dass das Studentenwerk mit dieser Option planen möchte. „Wir freuen uns, dass unsere Anregungen ein Umdenken beim Studentenwerk mit ausgelöst haben“, so SPD-Bausprecher Philipp Dees: „In der Zeit des Klimawandels und des Flächenfraßes wäre es fahrlässig gewesen, nicht mindestens eine Aufstockungsoption vorzusehen. Das ist nun gelungen und hoffentlich ein Vorbild für viele, die ebenfalls ebenerdige Bauprojekte planen.“

Der Siemens-Campus wächst weiter

Während der Bau des zweiten Moduls im Siemens-Campus in vollem Gange ist, hat der Stadtrat den nächsten Schritt in der Entwicklung des Campus ermöglicht: In der März-Sitzung wurde der Bebauungsplan zum Modul 8 beschlossen, das östlich an das Modul 2 anschließt und die Verbindung herstellen wird zu den Flächen an der Freyeslebenstraße, auf denen sich die FAU insbesondere mit der Technischen Fakultät erweitern wird.

„Siemens setzt mit der Entwicklung des Campus ein starkes Zeichen für die Stadt Erlangen“, so SPD-Stadtentwicklungssprecher Philipp Dees: „Für über 16.000 Beschäftigte von Siemens und Siemens Energy entstehen attraktive neue Arbeitsplätze, die modernen Büroanforderungen und flexiblem Arbeiten gewachsen sind. Diese Standortentscheidung von Siemens ist gleichzeitig die Grundlage für viele weitere Arbeitsplätze bei Unternehmen, die im Umfeld von Siemens und Siemens Energy agieren und von denen einige auch auf dem Campus – vor allem in noch zu entwickelnden Modulen – und im Umfeld Platz finden werden.“

Bemerkenswert sind auch die hohen ökologischen Standards, zu denen sich Siemens verpflichtet hat und die über die Module nochmals kräftiger werden: Schon bei Modul 1 wurde CO2-Neutralität im Betrieb erreicht, in Modul 2 wird nun mit Holz-Hybrid-Bauweise auch der CO2-Fußabdruck des Baus erheblich reduziert. Für das Modul 8 wird Siemens nun im Effizienzhaus-40-Standard bauen und dabei unter anderem alle technisch möglichen Dachflächen – auch die der Parkhäuser – mit Photovoltaik belegen. Dazu kommt ein Mobilitätskonzept, mit dem der Parkplatz-Bedarf erheblich reduziert wird, noch mehr Grün und vorrangige Versickerung von Niederschlagswasser direkt vor Ort. „Siemens realisiert im Campus Standards, die Vorbild sein sollten für viele Gewerbebauten bei uns in der Stadt“, so SPD-Umweltsprecher Andreas Richter: „Und Siemens ist auch ein Partner, der gerade beim ökologischen Standard unsere Anregungen aufgreift und mit der Entwicklung mitgeht, wenn noch höhere Ziele als schon angestrebt möglich werden.“

Busfahrkarte für freiwillige Führerscheinabgabe

Die SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat hat erreicht, dass der derzeit laufende Umtausch der Führerscheindokumente für die älteren Jahrgänge genutzt wird, um bei Verzicht auf den Führerschein kostenlose Busfahrkarten anzubieten.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter erklärt hierzu: „Es wird sicherlich die oder den einen oder anderen geben, der gegebenenfalls auch ganz auf den Führerschein verzichten würde, wenn es hierfür einen Anreiz gibt. Auch unter jüngeren Führerscheininhaber:innen kann es gegebenenfalls Personen geben, für die das attraktiv wäre. Hiermit schaffen wir einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung des Klimanotstands.“

Gedacht war ursprünglich an ein kostenloses Jahresabo. Die Abstimmung mit dem VGN, der diesem zustimmen muss, ist jedoch sehr langwierig. Einfach möglich sind jedoch nach den Regelungen des VGN kostenlose Mobicards, die an andere Personen übertragbar sind. Daher wurde im Stadtrat nun auf SPD-Antrag beschlossen, dass bei einer freiwilligen Führerscheinabgabe Mobicards für sechs Monate ausgegeben werden.

Die Verwaltung hat jedoch den Auftrag, weiter mit dem VGN über die Ausgabe eines Jahresabos zu verhandeln.

Universitätsstraße wird Fahrradstraße - Sicherheit wird erhöht

Die Ziele des Radentscheids sind beschlossen und werden umgesetzt. Der nächste Schritt hierzu ist nun die Ausweisung und Umgestaltung der Universitätsstraße als Fahrradstraße.
Bereits heute ist in dieser Straße der Fahrradverkehr weit überwiegend. Dem soll nun auch gestalterisch Rechnung getragen werden. Völlig unabhängig von der Ausweisung als Fahrradstraße gibt es jedoch dringenden Handlungsbedarf aufgrund der Sicherheit im Rahmen des Busverkehrs.
Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter erklärt hierzu: „Die Busfahrer*innen können durch die parkenden Autos im jetzigen Ausmaß keinen sicheren Verkehr gewährleisten. Daher müssen die meisten der bestehenden Parkplätze entfallen. Die konkrete Gestaltung der Fahrradstraße, die von der Verwaltung aktuell vorgelegt wurde, halten wir für einen ausgewogenen Kompromiss, der unterschiedlichen Interessen (Fußgänger*innen, Einzelhandel, Universitätsklinikum und Radfahrer*innen) gerecht wird: In der Nähe des Universitätsklinikums behält man einen Teil der Parkplätze durch Aufparken bei, es entstehen zusätzliche Stellplätze für Fahrräder und Lastenräder, eine Ladezone für den Einzelhandel sowie eine Querungshilfe am Lorlebergplatz. Auch für Anwohner*innen und Schwerbehinderte sind Parkplätze vorgesehen, weitere Parkmöglichkeiten bietet die Tiefgarage der Sparkasse.“
Um den Bedürfnissen der Klinikpatient*innen sowie den Interessen des Einzelhandels ebenfalls gerecht zu werden, soll das Aufparken in der Universitätsstraße entgegen des Grundsatzbeschlusses für dessen Abschaffung weiter erlaubt bleiben. Da es von den Kliniken und dem Einzelhandel den Wunsch nach weiteren Gesprächen gab, wurden nun im Stadtrat zunächst nur die anstehende Fahrbahnsanierung sowie die Einrichtung der Fahrradstraße beschlossen. Möglichkeiten, doch noch den einen oder anderen Parkplatz, insbesondere für Patient*innen zu erhalten, werden von der Verkehrsplanung nochmals geprüft. Die Stadtverwaltung ist auch gefordert, weiter mit dem Klinikum darüber zu sprechen, was von dessen Seite für eine Verbesserung der Parksituation getan werden kann.
„Beim Punkt Bürgerbeteiligung darf man auch keinesfalls vergessen, dass sich sehr viele Bürger*innen durch ihre Unterschrift für den Radentscheid von sich aus bereits mit ihrer Meinung eingebracht haben. Zu erwähnen sind auch die im Rahmen der Beteiligung zum 1000-Fahrradbügel-Programm eingebrachten zahlreichen Wünsche nach Fahrradbügeln in der Universitätsstraße. Diese werden nun umgesetzt“, betont Richter.

Transformation der Erlanger Wirtschaft im Klimawandel

Von Wolfgang Niclas

Transformation der Erlanger Wirtschaft im Klimawandel
Von Wolfgang Niclas
Wie kann das Kunststück gelingen, unsere finanzmarktgelenkte (Welt)Wirtschaft an die sozialen und ökologischen Herausforderungen anzupassen und wie kann der Beitrag aus Erlangen dafür aussehen. Ohne eine Änderung der Art und Weise unseres Wirtschaftens wird weder die soziale noch die ökologische Herausforderung zu bewältigen sein. Im Folgenden sollen Instrumente beschrieben werden, die es schon gibt und die sich im Ausbau befinden. Dabei handelt es sich um keine Allheilmittel, aber um Handlungsmöglichkeiten auch für Erlanger Betriebe.
Der DGB fordert Bund, Land und Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf, nur noch Betriebe zu berücksichtigen, die sich an die Tarifverträge der jeweiligen Branche halten. Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ Bewegung will Betriebe gesellschaftlich bevorzugen, die sich nachweislich der Nachhaltigkeit verpflichten. Die Europäische Union beschreitet mit der Taxonomie einen vergleichbaren Prozess. Sind diese Ansätze in einer an der maximalen Rendite ausgerichteten Wirtschaft realistisch und erfolgversprechend?
1944 veröffentlichte der ungarisch-österreichische Wirtschaftswissenschaftler Karl Polany sein Werk „Die große Transformation“. Er beschrieb die grundlegende Veränderung einer Wirtschaftsgesellschaft als einen Weg, der nicht durch gewalttätige revolutionäre Umwälzungen/Revolutionen erfolgen werde, sondern als einen demokratischen Prozess voller Konflikte und Widersprüche. Nach dem Zerfall der „staatssozialistischen Länder“ gewann der Grundgedanke der „Transformation“ in der linken wissenschaftlichen Debatte eine neue Bedeutung. Ein herausragendes Beispiel ist der französische Ökonom Thomas Piketty („Das Kapital im 21. Jahrhundert“ 2014; „Kapital und Ideologie“ 2022).
Der Erlanger Stadtrat hat sehr engagierte Klimaziele für Erlangen beschlossen und die Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) zur Grundlage des Nachhaltigkeitsbeirats der Stadt Erlangen gemacht. (siehe den Bericht von Lisa Kaufmann im Monatsspiegel März). Mit dem „Teilhabebericht der Stadt Erlangen“ will die Stadt beteiligungsorientiert der sozialen Spaltung entgegenwirken. Gelingen kann beides nur unter Einbeziehung der Wirtschaft in den erforderlichen Veränderungsprozess. Soziale und ethische Werte gehören in der Regel nicht zu den Zielvorgaben der Fondmanager und Kapitaleigentümer an das Management. Die Corporate Social Responsibility (unternehmerische Sozialverantwortung, Corporate Social Responsibility – Wikipedia) ist ein begrüßenswerter, aber unzureichender freiwilliger Ansatz, ohne gesellschaftliche Gegenleistung.
Die Einsicht in die drängende Notwendigkeit (Finanzkrise 2008, Klimakrise), diese Werte dennoch stärker in den Mittelpunkt unternehmerischen Handelns zu stellen, nimmt aber zu und hat u.a. zu Beschlüssen der EU und entsprechenden nationalen Umsetzungsbeschlüssen geführt.

Der „EU-Green deal“ von 2019 definiert die ökologischen Ziele der EU bis 2050, u.a. die Reduzierung der Treibhausemmission bis 2050 auf Null (Netto). Zur Erreichung dieses Ziels wurde eine betriebliche Offenlegungsverordnung für nachhaltige Finanzen (SFDR - Sustainable Finance Disclosure Regulation)) beschlossen, und mit der Taxonomie-Verordnung für ein nachhaltiges Finanzwesen verbunden. Die Taxonomie zielt auf Transparenz und Einheitlichkeit am Finanzmarkt. Sie verlangt von Betrieben die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien. Bemerkenswert ist der Rückgriff auf Lenkungsmechanismen der „Gemeinwohl-Ökonomie“. Der 2010 von Christian Felber gegründeten Gemeinwohlbewegung gehören inzwischen über 2.000 unterstützende Unternehmen an. Sie wurde 2015 vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) positiv bewertet: „Nach Auffassung des EWSA sollte das Gemeinwohl-Ökonomie Modell sowohl in den europäischen als auch den einzelstaatlichen Rechtsrahmen integriert werden.“ (EUR-Lex - 52015IE2060 - EN - EUR-Lex (europa.eu). Kern des GWÖ Modells ist die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz nach vorgegeben Zielen (Menschenwürde, Solidarität, und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung). Je nach Grad der Berücksichtigung der einzelnen Werte gibt es Punkte. Die Gesamtzahl der Punkte ergibt den Wert der betrieblichen Gemeinwohl-Bilanz, die von zertifizierten Sachverständigen erstellt wird. Dieser Wert soll die Grundlage für Bevorteilungen durch die Gesellschaft sein. Sei es bei der Vergabe günstiger Kredite, Subventionierung oder anderer Vergünstigungen. Die Vergabe von Punkten ist dynamisch und kann je nach Veränderung der gesellschaftlichen Bedürfnisse werden. Grundlage ist der Gedanke: wenn ein Betrieb sich vorteilhaft für die Gesellschaft verhält, soll er auch Vorteile von der Gesellschaft bekommen. https://www.youtube.com/watch?v=cVFvyd7SmxU

Die Umweltziele der EU-Taxonomie sind Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Nachhaltige Nutzung des Wasserressourcen, Wende zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Verschmutzung und Schutz von Ökosystemen und Biodiversität. Ziel der Taxonomie ist die Lenkung von Finanzinvestitionen in eine nachhaltige und integrative Wirtschaftsentwicklung. Mit einer betrieblichen Berichterstattung zu den Kriterien der Nachhaltigkeit soll geprüft werden müssen, ob eine finanzielle Unterstützung der Betrieb zulässig ist. Das Bewertungsraster umfasst sechs Umweltziele:

Die ökologischen Kriterien sollen in einem weiteren Schritt um soziale Nachhaltigkeit ergänzt werden mit der „Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen“ (CSRD-Corporate Sustainable Reporting Directive - April 2021) Die CSRD gibt es bislang als EU-Gesetzesvorschlag, der die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen ergänzen soll. Betroffen sind Unternehmen, die mindesten zwei der drei folgenden Kriterien erfüllen: größer 250 Mitarbeiter, größer 20 Mio Umsatz, größer 20 Mio Bilanzsumme, ebenso alle börsennotierten Unternehmen und ab 2026 alle kapitalmarktorientierten kleinen und mittleren Unternehmen.

Geplant ist eine Geltung für Unternehmen erstmals zum Geschäftsjahr 2023. Nach Einschätzung des DGB-Bundesvorstands dient die EU-Taxonomie zwei Zwecken. Zum einen soll sie Transparenz und Einheitlichkeit am Finanzmarkt herstellen. „Doch die Taxonomie ist mehr als nur ein Produktlabel für Finanzinvestitionen. Sie hat das Potential, ein Steuerungsinstrument privater und öffentlicher Finanzströme zu werden, womit sie einen Beitrag leistet für die sozial-ökologische Transformation und den Wirtschaftsstandort Europa als Vorreiter der Nachhaltigkeit.“ (DGB klartext 11/2022)

Die stärkere Bindung der Wirtschaft an das Gemeinwohl wird von (fast) Allen gewollt, es fehlt der akzeptierte Zugang. Der Grundsatz einer Bevorteilung der Betriebe, die das Gemeinwohl berücksichtigen, muss konsensfähig gemacht werden. Unumstritten ist das Vorgehen nicht. Bei weiterhin positiver Entscheidung auf EU-Ebene und entsprechender Umsetzung auf Ebene der europäischen Mitgliedsstaaten bleibt es unsicher, ob die Wirkung angesichts des Klimawandels schnell genug einsetzt. Aber es ist ein vielversprechender realistischer Einstieg.

Lisa Kaufmann hat den Klima-Aufbruch in Erlangen vorgestellt. Die Erlanger Wirtschaft ist in diesem Zukunfts-Projekt vielfach beteiligt. Die europäische Taxonomie wird ihre Wirkkraft zunächst langsam und nach einigen Jahren entwickeln. Betriebe, die sich der Fairness eines branchenüblichen Tarifvertrags entziehen gibt es zu viele. Jeder Betrieb könnte das aber sehr schnell ändern. Vielleicht gibt es auch Betriebe, die sich für nachhaltig halten oder sich entsprechend entwickeln wollen. Sie könnten sich beispielsweise einer Bilanzierung nach den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie zertifizieren. Die Stadt könnte den Weg unterstützen.

Bei der Erarbeitung einer Erlanger Klimastrategie im „Stadtvertrag Klima Erlangen“ ist die Erlanger Wirtschaft, ist jeder einzelne Betrieb gefordert.

Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nachhaltiges Finanzwesen, 2021 in Sozialismus 3/2022

GLOSSE für den Monatsspiegel

Titel „Durch Sport zum Frieden?!“

Von Winfried Stein

Kann der Sport helfen, den Ukrainekrieg zu beenden? Sport ist hervorragend geeignet, autoritär geführte Länder aufzuwerten, wie die Vergabe von Spitzenereignissen an verschiedene Nationen beweist. Deren Machthaber fühlen sich beachtet und aufgewertet. Sie können sich in sportlichen Erfolgen sonnen und genießen das offensichtlich sehr. Dieses bewährte Rezept könnte auch der Ukraine helfen.

Wie sieht der Plan aus?

1. Die nächste Fußball-WM wird an Russland vergeben. Nachdem die UEFA St. Petersburg das Endspiel der Champions League im Mai 2022 entzogen hat, wird Russland mit der Vergabe der nächsten Weltmeisterschaft entschädigt. Und nicht nur das!
2. Russland wird Fußballweltmeister. Durch geheime Absprachen aller beteiligter Mannschaften wird der Erfolg garantiert. Alle russischen Gegner schießen so lange Eigentore bis Russland unangefochten im Endspiel steht und dieses auch gewinnt.
3. Putin schießt den entscheidenden Elfmeter und wird zum Nationalhelden. Damit, und nicht mit der Auslösung eines Angriffskrieges gegen die Ukraine geht er in die Geschichtsbücher ein. Nachdem Putin schon bei Eishockey als Gastspieler seine herausragenden sportlichen Fähigkeiten bewiesen hat, wird er kurz vor der Entscheidung beim Endspiel eingewechselt und darf den finalen Elfmeter persönlich verwandeln. Vorher wurde der gegnerische Torwart medikamentös sediert, um unerwünschte Reflexe auszuschließen. Entgegen der üblichen Regel hat Putin im Endspiel allerdings drei Versuche frei, um den Ball in dem schlecht verteidigten Tor zu versenken.

Und die Gegenleistung? Diese erfreulichen Aussichten veranlassen Putin nicht nur einem sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine zuzustimmen, sondern auch die besetzten Gebiete umgehend zu räumen. Aus den Erlösen russischer Erdgas-Restlieferungen bis zu deren Ersatz durch erneuerbare Energien finanziert Russland den Wiederaufbau der Ukraine und die Kriegsopferversorgung und garantiert zukünftig die territoriale Integrität der souveränen Ukraine.

Gilt die Atomkraft bald als nachhaltig!

Von Stefan Barth

Die Rot-Grüne-Regierung Schröder hat 2001 den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen.

Rot-Grün hatte sich 2001 nicht auf eine konkrete Jahreszahl festgelegt, sondern den deutschen Atomkraftwerken sogenannte Reststrommengen zugebilligt. Ab Inkrafttreten des Atomgesetzes am 1. Januar 2002 hätten die deutschen AKW insgesamt 2623 Terrawattstunden erzeugen dürfen. Man ging davon aus, dass diese Menge etwa im Jahr 2022 aufgebraucht worden sei. Durch Drosselung und Stillstand einzelner Reaktoren hätte es aber auch bis 2025 dauern können, bis mit Neckarwestheim 2 der letzte Meiler vom Netz gegangen wäre.

Im Jahr 2010 hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung Merkel beschlossen, die Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke im Schnitt um zwölf Jahre zu verlängern. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima beschloss am 14. März 2011 die Bundesregierung Merkel, alle deutschen Atomkraftwerke, die bis einschließlich 1980 in Betrieb gegangen waren, vom Netz zu nehmen und herunterzufahren. Der Leistungsbetrieb der sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke wurde damit eingestellt.

Es ist weniger schön für die Steuerzahler, dass sie künftig die Risiken für das zurückliegende atomare Zeitalter tragen müssen. Auf Euro und Cent lässt sich der Betrag, der pro Kopf dafür fällig wird, zwar noch nicht beziffern. Aber ziemlich sicher ist: Die Rechnung wird kaum aufgehen, wonach ein von den Stromfirmen gespeister Fonds für alle anfallenden Kosten ausreicht.

Die Gefahr für die Steuerbürger liegt in einer fast schon absurd exakten Zahl, gemessen an dem langen Zeitraum: Bis zum Jahr 2099 sollen sich die Kosten für den Rückbau der Kraftwerke und die „Entsorgung“ der Brennstäbe auf rund 170 Milliarden Euro summieren. So haben es die Wirtschaftsprüfer von Warth & Klein für das Bundeswirtschaftsministerium ausgerechnet. Während die Konzerne nur einen Bruchteil zahlen, fällt die Hauptlast auf den Steuerzahler.

Die EU will die Atomkraft als „grüne“ Technik einstufen und damit fördern. Die Brüsseler Behörde hat dafür eine grüne Bibel mit dem Namen Taxonomie erstellt und beschreibt darin welche Investitionen als nachhaltig gelten. Diese Investitionen werden entsprechend politisch gefördert und finanziell unterstützt. Die deutsche Regierung bringt das in Erklärungsnot. Deutschland, das

Milliarden für den Ausstieg ausgibt, wird wohl Atomstrom im EU-Ausland zukaufen – und auch die Meiler der Nachbarn finanzieren.
Während Deutschland in der Neujahrsnacht drei Meiler abschaltete und seine restlichen drei Ende 2022 stilllegt, ging Ende Dezember 2021 mit dem finnischen Atomreaktor Olkiluoto 3 europaweit der erste Neubau seit 2007 in Betrieb. Weitere werden folgen, in Frankreich und Tschechien, in Finnland und in Polen, wo Standorte nahe der deutschen Grenze im Gespräch sind. Die Niederlande beschlossen gerade einen Prüfauftrag für zwei neue AKW.
Die Kernkraft erlebt eine Renaissance, aus Klimaschutzgründen, auch aus Angst vor Versorgungsengpässen, Abhängigkeiten und schnell steigenden Energiepreisen. Und nun verleiht auch noch die EU-Kommission dem Atomstrom ein Nachhaltigkeitssiegel.
Friedensreich Hundertwasser (*15. Dezember 1928 in Wien; † 19. Februar 2000 an Bord der Queen Elizabeth 2 vor Brisbane) war nicht nur Maler und Architekt, sondern auch ein mutiger Vordenker für die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes. Eng verbunden mit Hundertwassers Philosophie einer Architektur in Harmonie mit der Natur war sein ökologisches Engagement. Er setzte sich für die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes der Menschen ein und forderte ein Leben in Einklang mit den Gesetzen der Natur.
Bereits 1980 warnte er: „Das Spiel mit der Atomenergie ist ein gefährliches Spiel. “ Er verwies auf einen möglichen Gau. Die Nuklearkatastrophen von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 sind die traurige Realität. Seine Warnungen machen nachdenklich. Hier einige seiner Gedanken, die besagen - die Atomenergie ist ein gefährliches Spiel:
„Das Spiel mit der Atomenergie ist ein gefährliches Spiel.
Ein leichtsinniges Spiel mit dem Tod.
Sicher ist, dass irgendwo ein Super-GAU passieren wird.
Sicher ist, dass die Atommüllkonserven leck werden trotz Glas, Beton und sonstigen Hüllen.
Es ist wie beim russischen Roulette.
Einmal geht es los. Genau dann, wenn wir es nicht erwarten.
Es gibt kein sicheres Versteck oder Depot für nuklearen Abfall, auch nicht in scheinbar vorläufig erdbebensicheren Gebieten.
Kriege, Bomben, Bulldozer, Seismen, Erdverschiebungen wühlen alles um. Nichts ist statisch auf dieser Erde oder im Weltall. Alles ist im Fluss.
Wissen wir, wo die Inkas, wo Karthago Dinge vergraben haben? Und das ist erst 2000 Jahre her. Wissen wir, wo unsere Großmutter ihre Goldmünzen versteckt hat? Und das ist erst 50 Jahre her. Nuklearer Abfall aber bleibt 500 000 Jahre todesgefährlich für alles Leben.
Die ersten versiegelten Container mit Atommüll sind schon durchgefressen und geben Radioaktivität frei. Obwohl sie erst vor 20 Jahren versenkt oder vergraben wurden.
Und schon weiß man nicht mehr genau, wo man diese Container versteckt hat.
Atommüll lässt sich nicht vergraben wie eine schöne Leich‘.
Atommüll wird nicht zu Humus.
Versiegelte Atommüllbehälter sind Zeitbomben.
Aufbrechen tun sie sicher.
Politiker und Wissenschaftler garantieren uns Unschädlichkeit der
Atomenergie für unendliche Zeiträume. Das ist eine verbrecherische Lüge. Sie haben nur ihre persönliche Karriere und kurzsichtiges Profitdenken im Kopf und sie sehen die Gefahr für künftige Generationen nicht voraus.
Warum sollten wir uns dem Gutdünken einer Handvoll Wissenschaftler
aussetzen, die vom Fortschritt verblendet sind und denen es darum zu tun ist, an den Schaltstellen der Atomkraft herumzuspielen.
Polizei- und Sicherheitsmaßnahmen werden auf Kosten unserer toleranten menschlichen Gesellschaft gehen und eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Dieser Preis ist uns zu hoch.
Eine zentral gelenkte Energie bringt eine erhöhte Automatisation, die den Menschen noch mehr überflüssig machen wird.
Das Resultat ist Arbeitslosigkeit.
Atomenergie ist eine wirtschaftliche Katastrophe.
Atomenergie kostet mehr als sie einbringt.
Arbeitslosigkeit, permanente Todesgefahr, schleichende Seuchen, Verlust der Menschenwürde, Verlust der Heimat wiegen mehr als das Bisschen mehr gefährliche Energie, die auf die Zerstörung der Natur und des Menschen getrimmt ist.
Ich möchte darauf hinweisen, dass Atomenergie auf kurze Sicht nur scheinbar Antwort auf scheinbare Energienöte gibt.
Langfristig gesehen hingegen erzeugt die Atomenergie eine Kettenreaktion neuer Katastrophen.
Je mehr Zeit vergeht, umso besser erkennen wir die Tragweite der Gefahren, die wir in die Welt gesetzt haben. Neue, unvorhergesehene Probleme werden immer teurere und gefährlichere Gegengifte erforderlich machen. Die Erfahrungswerte sind heute noch zu gering, um dies in seiner ganzen Tragweite zu erkennen.
Es wäre unverantwortlich zu ignorieren, dass uns Techniker, Wissenschaftler und Spezialisten in eine unüberschaubare Problemwelt führen, die sie selbst nicht mehr bewältigen können. Wir aber werden abhängig von todesgefährlichen Dingen, die wir nicht mehr begreifen. Das ist das Ende von uns allen.“
Und was gilt dann als nachhaltig? Vielleicht ist hier mit nachhaltig ausnahmsweise gemeint, dass die Menschen sich noch Jahrtausende mit dem Atommüll beschäftigen müssen?
Im Bereich des Völkergewohnheitsrechts hat sich noch keine Überzeugung gebildet, auf Grundlage derer sich umweltrechtliche Entschädigungsansprüche begründen ließen. Diskutiert wird zwar die Haftung für erhebliche grenzüberschreitende Umweltbeeinträchtigungen sowie für gefährliche, aber nicht verbotene Aktivitäten. Allerdings meint der Begriff „Haftung“ in diesem Zusammenhang weniger die Schaffung eines (nachträglichen) zivilrechtlichen Haftungsregimes, welches auf dem Verursacherprinzip basiert. Vielmehr haben völkergewohnheitsrechtliche Entwicklungen in diesem Rechtsgebiet ihr Hauptaugenmerk tendenziell auf dem Vorsorgeprinzip, d.h. der Pflicht der Staaten, erhebliche Umweltschäden zu vermeiden und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Risiko ihrer Realisierung weitestgehend zu minimieren. Diese Fragen werden für die, nahe an der Grenze zu Nachbarstaaten gebauten Atomkraftwerke wichtig, für Deutschland im Osten und Westen unseres Landes.
Der bayerische Ministerpräsident Söder weiß jetzt schon, dass eine Laufzeitverlängerung bayerischer Kernkraftwerke möglich ist. Als starker Befürworter der Kernenergie, wie sein Vorbild Franz-Josef Strauß, weiß er auch jetzt schon, dass es in Bayern keine geeignete Endlagerstätte für den Atommüll gibt.

Krieg und Frieden in kriegerischen Zeiten

Von Monika Fath-Kelling

1969 bemerkte Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede als Bundespräsident: der Frieden und nicht der Krieg müsse als Ernstfall betrachtet werden. Denn hinter dem Frieden gebe es keine Existenz mehr. Er appelliert an die Verantwortung der Blöcke und Mächte ihren Wunsch nach Sicherheit in der Begegnung zu gemeinsamer Abrüstung und Rüstungsbegrenzung, nicht im Wettlauf der Rüstungen zu suchen.
Vertrauen erwirbt nur, wer auch bereit ist Vertrauen zu schenken.
Diese Worte sind 53 Jahre alt und könnten heute gleichlautend treffend formuliert werden. Bedauerlicherweise sind wir gerade zurück ans Ende der 50er-Jahre gefallen: Konfrontation, Misstrauen bis hin zu offen geäußertem Kriegswunsch, betrachtet man die darin erstaunlich einhellige Medienlandschaft. Kalter Krieg reloaded, heute sind sogar große Teile der Linken und der Sozialdemokraten mit „von der Partie". Keine Spur mehr von der alternativen Konzeption der Außen- und Sicherheitspolitik, initiiert vor allem von der SPD, mit Unterstützung von Personen aus Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen. Keine Rede mehr vom Volk der guten Nachbarn.
Dabei war diese Strategie extrem erfolgreich, führt man sich die stark gewachsene EU und den Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Pakts vor Augen. Es hätte in den 90er-Jahren die von den Bevölkerungen gewünschte Friedensdividende durchaus geschaffen werden können!
Wären an diesem Punkt der Geschichte nicht die kalten Krieger der USA in eine „the winner takes it all"-Attitüde und damit vollends in die Selbstüberschätzung abgeglitten. Die Änderung der NATO-Statuten von einem glaubhaften Verteidigungsbündnis hin zu einem Bündnis, das Angriffe als Vorwärtsverteidigung legitimiert und von seinen Bündnismitgliedern per Beistandspflicht einfordert, dazu die völlig unüberlegte Osterweiterung im Sinne von „wir schützen jeden, der willig ist, sich dem politischen und militärischen Primat der USA zu unterwerfen". Vor allem die Osterweiterung, in den USA intern durchaus umstritten, wurde dort von Kongress- und ehemaligen Regierungsmitgliedern als größter zu begehender Fehler bezeichnet.
Fakt ist, dass die NATO imperiale Kriege der USA in der Vergangenheit führte und noch immer führt. Nun wundert „die Welt" sich, wenn ihnen von Putin ihre bevorzugten Vorgehensweisen 1:1 gespiegelt werden:
Das Sündenregister der USA diesbezüglich ist lang: direkte und indirekte Kriege in ganz Südamerika seit den 60er-Jahren, Kriege im Iran-Irak, in Haiti, Krieg gegen die Befreiungstheologie, Krieg gegen die Drogen, um nur ein paar Denkanstöße zu geben.
Die Masche funktionierte stets „einwandfrei" (vor allem keine Einwände seitens der westlichen Wertegemeinschaft) und zur vollen Zufriedenheit der US-Administrationen bis in die aktuelle Zeit des Krieg gegen den Terror. Geführt wurden die Interventionen schon immer mit allen Mitteln, auch völkerrechtswidrigen, inklusive schwerer Kriegsverbrechen. (In seinem Buch Wer beherrscht die Welt stellt Noam Chomsky hierzu sehr plastisch zwei 11.September gegenüber: 9/11/2001 dem 11.9.1973, an dem Salvador Allende gegen Diktator Pinochet eingewechselt wurde und die Chikago Boys sich anschließend um die Einnordung der wirtschaftlichen Belange Chiles kümmerten.)
Im Report The crisis of democracy von 1975, verfasst für die 2 Jahre zuvor ins Leben gerufene private, politikberatende „Denkfabrik" Trilaterale Kommission, zeigten sich die Autoren (M.Crozier, S.Huntington, J.Watanuki), besonders besorgt über das Übermaß an Demokratie, während der Zeit der Unruhen in den 60er-Jahren. In denen sich die normalerweise passive, apathische Bevölkerung (Studenten, Frauen, Arbeiter, Alte, Minderheiten..) massiv zu Wort gemeldet hatte, und deren Anliegen auch heute noch gern als Partikularinteressen abgetan werden. Während (frei nach Adam Smith) die Herrschenden sich in der Regierungspolitik besonders hervortun und mit ihrer elenden Devise <Alles für uns selbst und nichts für andere> reüssieren und sich -cherry on the top- von den Marginalisierten auch noch feiern lassen.
Wie gerade in der Ukraine zu bestaunen. Was da gerade von den Neulingen des Westens eifrig beklatscht und befördert wird! (Sicher keine europäischen Interessen). Beinahe wie in Afrika, wo „bis quasi gestern" noch afrikanische Staaten für China geklatscht haben, und ihnen nun langsam dämmert, dass alles seinen Preis hat, weil ihnen das eigene Land nicht mehr gehört...
Da stehen WIR nun „und können nicht anders" als Krieg.
Wobei WIR wieder einmal für die „Elite" aus Finanziers, Rüstungsmagnaten, korrumpierbaren Politikern, Geheimdiensten, organisierter Kriminalität als den Herrschenden steht, die wiederum für die Nationalen Interessen einstehen und die sich selbst beglückwünschen, weil sie das Land im Geiste eines moralischen Urteils als verantwortungsbewusste Mitglieder der Gesellschaft nach gründlicher Überlegung in der Vergangenheit in den Krieg geführt hatten, heute in den Krieg führen und auch in Zukunft führen werden. Falls es diese Zukunft noch gibt.
Ob die Bevölkerungen auf einen Neustart einer alternativen Außen- und Sicherheitspolitik hoffen dürfen, bezweifle ich sehr. Ein Blick in das Hamburger Programm der SPD von 1990 kann einen, heute jedenfalls am 22.2.2022, zu Tränen der Verzweiflung rühren.
Derzeit klammern sich die herrschenden Intelligenzen mit den selbstgefälligen Lizenzen zum Töten an ihre Lieblingsfeinde wie im Film 007 an Mr. No: Ohne den Feind ließe sich ja der ganze Aufwand, all die schönen Verdienstmöglichkeiten, die Blut-und-Eisen-Rhetorik, das Ausbeuten der Bevölkerungen, gar nicht betreiben geschweige denn rechtfertigen! So ist halt kurz und praktisch Der Putin schuld, wahlweise Der Chinese, oder Der US-Imperialismus. In kleineren Einheiten, dem selben Muster gehorchend, kleinere Feinde: Die Palästinenser, Der IS und so weiter bis in die kleinste Verästelung.
Quod licet Jovi, non licet bovi! Das Rindvieh ist jedenfalls immer Der Andere.
In The myth of Amercan exceptionalism vertritt der Autor Godfrey Hodgson die

These, die USA seien nur ein großes, aber so unvollkommenes Land wie andere auch. Er wurde in der NYT belehrt: Er, Hodgson, habe nicht verstanden, dass Amerika aus einer Idee geboren wurde und deshalb den Auftrag habe, diese Idee zu verbreiten.
Nun, auch die Sowjetunion, auch das alte China als über 2000-jähriges Kaiserreich, waren auf Ideen gegründet. Sie wurden im Geschichtsgang -aus unterschiedlichen Gründen- auf sich selbst zurückgeworfen. Diese Erfahrung steht bei den Amerikanern noch aus, aber kurz bevor.
Vielleicht lässt sich dann in in einer handvoll großen Einflusszonen Heinemanns Spruch vom Ernstfall Frieden gemeinsam als Aufgabe begreifen.
Vielleicht beschleunigen auch die bevorstehenden klimatischen Veränderungen unseres Planeten die Einsicht: Einer für alle, alle für Einen, nämlich unseren Lebensraum Erde.

Aus dem Bauch gesprochen:
Selbstverteidigung als „gerechter Krieg“

Von Monika Fath-Kelling

Neulich, in der Diskussion mit Freunden:
„Angenommen du wirst angegriffen und sollst vergewaltigt werden. Da wehrst du dich doch auch! Oder hilfst deiner besten Freundin, wenn sie Opfer und du Zeuge wirst. Also ist es rechtens, ja sogar Pflicht, dass Deutschland das Opfer Ukraine im gerechten Kampf gegen einen Aggressor unterstützt. Mit Waffenlieferungen, mit Sanktionen, mit allem was zu Gebote steht, denn es handelt sich um Selbstverteidigung der Ukraine, und damit um einen gerechten Krieg.“

NEIN, weder besteht diese Pflicht, noch ist das Szenario auch nur im Entferntesten vergleichbar.
Das eine heißt Selbstverteidigung. Ich muss, kann und darf mich mit allen Mitteln selbst verteidigen, wenn ich angegriffen werde. Ich kann, muss, darf selbst entscheiden wie ich mit dem Angriff in der jeweiligen Situation umgehe. Von vordergründigem „Mitspiel“ und anschließender Verfolgung durch das Recht, bis zur Vernichtung meines Peinigers. Schon wenn ich einen Peiniger meiner Freundin rücklings töten würde, käme ich in juristisch uneindeutigeres Fahrwasser. Erst recht nicht lässt sich das Prinzip der Selbstverteidigung auf Gruppen oder gar Staaten übertragen.
Ein Staat ordnet Generalmobilmachung an und zwingt sämtliche männlichen Bürger im „wehrfähigen Alter“ zwischen 18 und 60 zu den Waffen. Unter Kriegsrecht (also Todesstrafe bei Befehlsverweigerung) müssen diese Menschen nun den Befehlen und Ehrvorstellungen von Schreibtischtätern Folge leisten und „ihr Vaterland“ auf dem „Feld der Ehre“ verteidigen. Das hat mit Selbstverteidigung nicht das Geringste zu tun, sondern mit Zwang zu einer (fragwürdigen?) Ideologie.
Was wäre wenn die hochgerüstete Verteidigung gar nicht die „beste Verteidigung“ darstellen würde? Wenn viele Menschen ihr nacktes Leben, selbst eine Existenz als „vaterlandslose Gesellen“ wertvoller erschiene, als all die Verheißungen oder Horrorszenarien eines Lebens in einer beispielsweise neutralen Ukraine? Die Erfahrungswerte aus vergangenen Kriegen zeigen, dass die Bevölkerungen des angegriffenen Landes IMMER einen krass höheren Blutzoll entrichten. Welche Berechtigung (demokratische Wahl in Friedenszeit?) haben denn Politiker wie Präsident Selensky oder der Chefdiplomat der deutschen Botschaft, Herr Melnyk, die nicht genug vom Krieg schwärmen können, die auch nur die Option „Krieg“ zu kennen scheinen und diesen ihren „Landsleuten“ anordnen? Sie selber brauchen Krieg ja nur darzustellen. De facto führen tun ihn all die freiwilligen und unfreiwilligen „Kämpfer fürs Vaterland“. Diesen den Heldentod, den anderen die Heldenverehrung. Wie gewöhnlich bei gerechten Kriegen und ungerechten Kriegen...
Und wir Deutsche beteiligen uns verdeckt und verdruckst, stecken mit beiden Händen bis über die Ellbogen in fremdem Blut. Hetzen und Heizen die „Kriegsstimmung“ medial und als Sofastrategen an: Endlich Apocalypse now, live!!
Ich glaube nämlich nicht an russische Erschießungskommandos, die nach einem Beenden der Kämpfe die Ukrainer metzeln würden. Das besorgen eher Himmelfahrtskommandos beim Verteidigen von nationalen Festungen „bis zum letzten Mann“.
Es wäre allenfalls die emotionsarm-rationale Aufgabe von UN-Blauhelmen, während der Schaffung einer friedlichen Lösung bereit zu stehen.
Noch in anderer Hinsicht sollten wir „Westler mit dem goldenen Arsch“ beginnen uns ehrlicher zu machen: Die konkreten Lebensbedingungen des weltweiten -sagen wir unteren Bevölkerungsdrittels, also immerhin mehrere Milliarden Menschen- aus autokratischen, halb-demokratischen, ja sogar aus dem Herzland der Demokratie, den USA, unterscheiden sich erstaunlich wenig. Sie haben, hie wie überall, ausgesprochen harte, karge und kurze Leben. Sie sind ausgelastet mit dem nackten Überleben. Diese Menschen brauchen keinen Krieg für Freiheit und Demokratie, sondern schlicht die nächste Überlebensration.
Wenn man den Krieg, und der kann NIE moralisch sein, als Mittel zur Entvölkerung begreifen würde, bei gleichzeitigem Booster für einige Oligarchen in West wie Ost, die sich fürs Kriegsgerät zuständig fühlen, dann könnte so etwas wie eine -zugegeben zutiefst menschenfeindliche- Motivation für solche Art „ökonomischer Korrekturen“ mittels Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur aufscheinen.

Monikas Märchenstunde:
Wenn Märchen wahr werden ...

Von Monika Fath-Kelling

Aah, schon der Gedanke daran, so überaus verlockend! Oder etwa nicht?
Alles wird gut! Das Gute obsiegt, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz. Am Ende steht der Teufel immer mit leeren Händen und als Betrogener da! Wie un?gemein beruhigend.
Die recht Gläubigen dürfen sich getrost unter die „unsichtbare Hand“ kuscheln. Sie verspricht allen ihre Freundschaft, Wohlstand, Sicherheit und besonders, die Freiheit. Selbstredend in den von ihr gesteckten Rahmenbedingungen. Das Kleingedruckte sollte man tunlichst nicht übersehen.
Es ist „bedauerlicherweise“ verworren, widersprüchlich und schier endlos lang, sodass die meisten Nutzer diese Vertragsbedingungen nur als „verbindlich zur Kenntnis genommen“ einfach wegklicken und verdrängen. Was bei Schönwetter, in Friedenszeiten oder solange man nicht aus dem Vertrag aussteigen möchte, nicht weiter auffällt. Wenn doch: dann Pech gehabt, wie der Teufel im Märchen: Hie die Auserwählten, da der Teufel; Wer nicht aktiv für uns ist, ist -Bei Gott- des Teufels! (George W. Bush). Also immer schön zusehen zu den Auserwählten zu gehören, bloß nicht in Ungnade fallen! Es gibt in den USA tief Gläubige, die allen Ernstes behaupten, wir Deutschen hätten wegen unserer wachsenden Gottesferne ein Problem, „den amerikanischen Exzeptionalismus als das zu betrachten, was er sei: Gottes Wille!“ Alles hat seinen Preis. Freundschaft, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit kosten, ob bei Gott oder einem Paten. Kirchensteuer, Denkverbote, Mitgliedsbeitrag, Schutzgeld und andere Gefolgsamkeiten. Umsonst ist gemeinhin nur der Tod, und der kostet stets das Leben. In vorderster Front nur das der „Schafe“ feixen die Hirten, aber Spaß beiseite, Krieg ist ein ernstes Geschäft.
Ich finde es überaus erstaunlich, wie konsequent die globalen Kollateralschäden dieses plutokratischen Strategiespiels beschwiegen und beschwichtigt werden.
Nehmen wir nur die letzte teure Freiheit des Westens (dem Bündnisfall Numero 1 der Nato), die mit dem Blutzoll der Afghanen und wöchentlichen Kosten von ca. einer Milliarde Dollar 20 Jahre lang, (noch nicht gerechnet all die Ausgaben der westlichen Nato-Kombattanten), am Hindukusch verteidigt wurde. Die Missionierung wurde unvollendet abgebrochen, die Afghanen verschmähten allzu halsstarrig (vorher die östlichen, dann auch) die westlichen Wohltaten. Jetzt behält Washington angeblich die Hälfte der eingefrorenen afghanischen Vermögen als Opferentschädigung für 9/11 zurück, wiewohl die Afghanen nachgewiesenermaßen gar nichts damit zu tun hatten. Müssen sie halt jetzt nach Demokratie und Freiheit hungern. Alles hat seinen Preis! Das ist regelbasierte Ordnung! Gibt es nichts mehr zu gewinnen, zieht die Karawane weiter in die nächste Krisenregion. Die ca. 40.000 Söldner zur Unterstützung der regulären US-Army fühlen sich „responsible to protect“ und wollen beschäftigt sein, da kam die Ukrainekrise genau wie bestellt.
Die „Corporate Social Responsibility“ der global agierenden Konzerne überschlägt sich derweil, Aidsschleifchen und Regenbogenfahnen waren gestern. Heute ist Krieg in Europa! Hurra, der Rubel rollt ... Äähem.. Die nächste Runde Blutzoll des Spiel geht auf die nationalbesoffenen Freiwilligen der Ukraine! Cheers...
Die Hysterie und der Druck im politischen Kessel legt aller Welt, die sehen will, die „Zeitenwende“ des Regelbasierte-Ordnung-Westens offen: Da blamiert sich gerade jeder nach seiner eigenen Facon. Die USA haben, nach meiner unbedeutenden Meinung, 1990 ihr Blatt arrogant überreizt. Der in diesem Fall russische Teufel hat nämlich seine Abneigung und Angst vor Spiegeln verloren. Er nutzt das Spiegeln jetzt geschickt als Waffe, die „Responsibility to protect“ der regelbasierten Ordnung, reklamiert diesmal auch der Feind für sich! Die eigenen Argumente fallen dem Werte-Westen gerade gehörig auf die Füße. Dumm gelaufen, aber „ein Jegliches hat seine Zeit“...
„und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute“ ist nur ein paradiesisches Märchen.
Solche „All in“- Pokerrunden sind für den gesamten Planeten ruinös. Homo sapiens sapiens ???
Das Bestialische scheint dem Verstand letztlich doch überlegen.
Und somit sind Märchen als Beruhigungspillen notwendiger denn je.

Die dritte Zäsur in der bundesdeutschen Sicherheitspolitik

Von Mark Schuster

Als Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 eine sicherheitspolitische „Zeitenwende“ verkündete, lag die alarmierende Feststellung, dass wir uns in einer Weltordnung befinden, die nach dem damaligen Außenminister Steinmeier aus den Fugen geraten sei, bereits ebenso lange zurück wie die russische Annexion der Krim und der Beginn der prorussischen Separationskämpfe im Osten der Ukraine. Wo die Fugen am lautesten quietschten, daran konnte seit 2014 kein Zweifel mehr bestehen. Ratifiziert wurde diese Zäsur der bereits zerbröselnden europäischen Sicherheitsordnung erst jetzt.
Die unerwartete Ankündigung eines „Sondervermögens“ für die, man muss schon sagen: nachholende Instandsetzung der Bundeswehr, und die

dauerhafte Aufstockung des Verteidigungsetats (das sog. 2%-Ziel der NATO-Vereinbarungen von 2002) sollten als das verstanden werden, was sie sind – als ein Griff nach der Notbremse und nicht als eine „Rüstungsspirale". Gleichwohl sollten „strategische Projekte" der Beschaffung mit entsprechenden Laufzeiten im Zentrum der Maßnahmen stehen. Daher verbietet es sich, das Paket sogleich wieder aufzuschnüren und weitere – durchaus berechtigte – Anliegen darin unterzubringen.

Doch Geld allein wird nicht ausreichen. Und das nicht nur deshalb, weil das monströs aufgeblähte Beschaffungswesen, die bürokratische Planungspraxis, das umständliche Vergabeverfahren oder die unqualifizierte Vertragsgestaltung von Rüstungsaufträgen erst einmal beseitigt werden müssen, damit die frischen Milliarden nicht folgenlos versickern (beide Amtsvorgängerinnen, Ursula von der Leyen & Annegret Kramp-Karrenbauer, von Christine Lambrecht waren daran gescheitert). Es geht um mehr!! Der sicherheitspolitische Kurswechsel auf den De-facto-Primat der Bündnisverteidigung als der entscheidenden Form der Landesverteidigung (Art. 87a GG) bedeutet nicht weniger als eine dritte Zäsur in der bundesdeutschen Sicherheitspolitik.

Vom „Frontstaat" zur Drehscheibe: Entwicklungsphasen deutscher Sicherheitspolitik

Als „Frontstaat" des Westens kannte die Bonner Republik nur die Landes– als Bündnisverteidigung, dann rückte in den ersten dreißig Jahren der Berliner Republik die internationale Krisenbewältigung Schritt für Schritt in den Vordergrund. Schon diese beiden Phasen brachten gravierende Strukturveränderungen mit sich. Die Bonner Republik vermochte mit einem Arrangement aus Landesverteidigung, Wehrpflicht und Kriegsverhinderung durch Abschreckung (später durch das Doppel aus Verständigung und Abschreckung) eine integrationsstarke Klammer zu stiften, die Politik, Streitkräfte und Gesellschaft in einer gegebenenfalls existenziellen Risiko- und Schicksalsgemeinschaft zusammenführte. Diese Klammer öffnete sich in den ersten Jahrzehnten der Berliner Republik. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht, der Herausbildung einer „Einsatzarmee" und ihrem politischen Auftrag, in „wars of choice" die „Risiken auf Distanz zu halten", bevor sie europäischen oder deutschen Boden tangieren konnten, war zugleich eingestanden, dass Gesellschaft und Streitkräfte weder die gleichen Risiken noch das gleiche Schicksal teilten. Der uniformierte Staatsbürger dieser Jahre war nicht mehr der „geborene Vaterlandsverteidiger", als den ihn der Militärreformer Scharnhorst und die Gründer der Bundeswehr gesehen hatten. An seine Stelle trat ein professioneller Einsatzsoldat, der nicht (oder nicht primär) „Kollektivnotwehr" leistete, sondern im staatlichen Auftrag – beispielsweise am Hindukusch – das fragile Gut einer „kollektiven Sicherheit" generieren sollte. Seine Erfahrungswelt und die der Bürgerinnen und Bürger des Entsendelandes traten denkbar weit auseinander. Wenn die Streitkräfte in fernen Regionen scheiterten, tat dies der Stabilität der Republik keinen ernsthaften Abbruch. Mit dem desaströsen Ende des Afghanistan-Einsatzes und dem absehbaren Zurückfahren des Mali-Engagements kann diese Phase einstweilen als beendet gelten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die derzeitige Wende zur Bündnis- als Landesverteidigung der Politik etwas anderes ist als die Rückkehr zum „Frontstaat" des Kalten Krieges. Landesverteidigung findet nunmehr – als Abschreckung – nicht primär im Bundesgebiet statt, sondern hat sich an die Ostflanke der NATO verlagert. Damit hängt die Garantie deutscher territorialer und politischer Integrität und Sicherheit wesentlich von dem in Osteuropa zu leistenden Bündnisbeitrag ab. Unter den gegebenen Umständen verlangt diese Entwicklung der Gesellschaft und den Streitkräften jedoch mehr ab als den Abschied von der „Kultur der Zurückhaltung" (eine „Strategie" war diese niemals). Diese Zäsur berührt Mentalitäten wie Strukturen, Fähigkeiten wie Entscheidungsprozesse. Nun geht es nicht mehr um variable Militärkontingente, die nach monatelanger Vorbereitung in den Einsatz gehen, sondern benötigt werden ständig einsatzbereite, voll ausgestattete und transportfähige Truppenverbände. Ihre (bisher noch rotierende) Stationierung in den osteuropäischen Bündnisstaaten braucht kein Bundestagsmandat, sie ist eine verfassungsrechtlich und verteidigungspolitisch legitimierte Obligation gemäß Art. 24 II GG. Geografisch (aber nicht geopolitisch) zwar noch entfernt, aber unübersehbar kündigt sich in den Krisen und dem Krieg an der Nato-Ostflanke eine neuerliche gesellschaftliche Risikogemeinschaft an. In einer weithin unbekannten Broschüre mit dem Titel „Auftrag: Landes- und Bündnisverteidigung" (Juni 2020) entwirft das Verteidigungsministerium ein ungeschminktes Lagebild: „Durch seine geografische Lage mitten im europäischen NATO-Gebiet ist Deutschland als Drehscheibe allliierter Truppenbewegungen und rückwärtiger Operationsraum potentielles Angriffsziel." Die kollektive Selbstverteidigung wirft ihre Schatten voraus. Sie kommt derzeit in der bitteren Frage zum Ausdruck, ob und wer bereit ist, wenn schon nicht für Kiew, so doch gegebenenfalls für Riga, Vilnius oder Tallinn sein Leben zu riskieren. Wie tragfähig die Solidarität der deutschen Gesellschaft mit den Staaten an der NATO-Ostflanke ist, muss sich freilich erst noch erweisen. Durch den Schock des russischen Aggressionskrieges hat sich die öffentliche Stimmung gedreht, doch bislang war die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner eher gering ausgeprägt.

Herausforderungen einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung

Diese Herausforderung geht über das Militärische hinaus. Die existenziellen wie sozialen Dimensionen zeitgenössischer Aggressionshandlungen sind vielschichtiger geworden und haben sich in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden eingerichtet. Aggression und Abwehr beschränken sich nicht auf Truppenstationierungen oder atomare Potentiale, sie sind in das gesellschaftliche Gewebe eingedrungen. Mit den schillernden Begriffen des „Cyber War" oder der „hybriden Kriegführung" ist eine Sozialisierung der Gefahr verbunden, die ganze Bevölkerungen, ethnische Minderheiten, sensible Infrastrukturen oder innerpolitische Prozeduren (wie Wahlkämpfe, Konfliktthemen) in ihren Bann ziehen kann. Den Herausforderungen der Corona-Pandemie oder der Klimapolitik vergleichbar weitet sich das Spektrum der Sicherheitsvorsorge um institutionelle und zivile Vorkehrungen und Ertüchtigungen (in Skandinavien „total defense" genannt), die über die – ohnehin unzureichenden – Vorkehrungen für den Katastrophenschutz hinausgehen. Bevor man sich über eine Reaktivierung der Wehrpflicht echauffiert oder eine allgemeine Dienstpflicht oder ähnliches ins Spiel bringt, sollte diese Problemla-

ge geprüft werden. Der Integrationsbedarf von innerer und äußerer Sicherheit ist seit langem Gegenstand der Debatten, jetzt aber werden neue Fragen an die bislang innenpolitisch ausgerichtete „wehrhafte Demokratie“ aufgeworfen.
Diese Veränderungen im verteidigungspolitischen Arrangement müssen nun erst einmal ausbuchstabiert werden. Aufschlussreich war, was in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers nicht angesprochen wurde. Die Klage über Krieg und Ordnungszerfall wurde zwar mit weitreichenden Willenserklärungen zur Vitalisierung der sicherheitsrelevanten Grundlagen versehen, ließ aber jegliche Perspektive über Zeit und Anlass hinaus vermissen. Der Elefant im Raum war die strategische Ausrichtung der deutschen und europäischen Politik. Weder war von einer „Europäischen Souveränität“ noch von dem Streben nach einer Wiederauflage der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE, 1975) die Rede, die seinerzeit weitreichende normative und handlungspraktische Impulse gegeben hatte und knapp zwanzig Jahre später zu Rüstungskontrollregimen usw. führte. Unter dem Eindruck des andauernden Aggressionskrieges mag das zunächst illusorisch erscheinen, aber eine strategische Vision hätte dem akuten Krisenhandeln die notwendige Tiefendimension verliehen. Warum geschah das nicht?

Zur Notwendigkeit responsiver (Sicherheits-) Politik

Unter dem Handlungsdruck des Augenblicks war die Bundesregierung reflexartig beim gewohnten reaktiven Handlungsmuster (plus „Bazooka“) stehen geblieben, obwohl der Koalitionsvertrag gerade noch das Gegenteil verkündet hatte: Binnen Jahresfrist soll eine Nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt werden. Dafür bleibt wenig Zeit. Wenn man das strategische Anliegen ernst nimmt und nicht allein als den improvisierten Ersatz eines Weißbuchs begreift, geht es dabei nicht allein um die Fixierung von Ambitionen, Schwerpunkten, Handlungspotentialen und das Ausfalten des dafür notwendigen „Instrumentenkastens“, sondern auch um einen ressortübergreifenden, öffentlichkeitswirksamen, international eingebetteten Prozess. Im Idealfall schafft er ein Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen der Politik, der bürokratischen und militärischen Apparate und der Öffentlichkeit. Hinzu kommt noch die brennende Frage, wie Strategiefähigkeit verstetigt werden kann, denn das hatte bereits das Weißbuch 2016 „Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ angemahnt. Und selbst das würde letztlich zu kurz greifen, wenn nicht das Kleingedruckte der sicherheitspolitischen Regierungspraxis (Bundessicherheitsrat; Geschäftsordnungen; Ressortprinzip u.a.m.), die strategische Kommunikation mit Parlament, Publikum und Communities (jährliche Präsentation von Strategie-Berichten im Bundestag) auf die Tagesordnung gesetzt werden würden. Dafür aber ist bereits jetzt die Zeit zu knapp.
Strategievorhaben leiden erfahrungsgemäß an einer Überfrachtung mit unterschiedlichsten Erwartungen. Die prozedurale Weisheit des „ReviewProzesses“ von 2014, in dem das Auswärtige Amt eine Bestandsaufnahme von Zielen, Instrumenten und Praktiken durchführte, hatte darin bestanden, diese Erwartungen zu sortieren, um daraus Schlussfolgerungen und Arbeitsvorhaben abzuleiten. Ähnlich war das Verteidigungsministerium vorgegangen, das die Erarbeitung des Weißbuches 2016 in einen breiten fachöffentlichen Konsultationsprozess einbettete, der u.a. dazu führte, die Problematik sicherheitspolitischer Strategiebildung in einer Fachpublikation zu reflektieren. Ob man mit den Ergebnissen konform geht oder nicht, beide Beispiele dokumentieren ein Konzept responsiver Politik, das unter dem Vorzeichen der gegenwärtigen Zäsur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Fortsetzung verlangt.

Für den Frieden rüsten? Die Zeitenwende für eine nachhaltige Friedensordnung in Europa

Von Mark Schuster

In der politischen Debatte um die ausgerufene Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bilden sich bereits erste Lehrsätze heraus, die für die zukünftige Politik eine veritable Belastung bedeuten könnten: Einer davon ist, dass der Ukrainekrieg zeige, dass Diplomatie und kooperativer Sicherheit gescheitert und nur Abschreckung und Wehrhaftigkeit helfen würden, den Frieden in Europa wiederherzustellen bzw. abzusichern. Das andere lautet in etwa, dass Wandel durch Handel bzw. Wandel durch Annäherung, d.h. die Ideen von Friedensförderung durch wechselseitige Verflechtung, endgültig diskreditiert bzw. durch den Krieg als politischer Mythos entlarvt worden seien.
Aus der Aussage unseres Bundeskanzlers am 27. Februar 2022 (für die Nachwelt ein geschichtsträchtiger Tag der deutschen Geschichte), dass veränderte Zeiten auch eine veränderte Politik verlangen, wird so gern ein Plädoyer für eine primär militärische, auf Abschreckung zielende Politik abgeleitet, die sich nun endlich wieder an den politischen Realitäten orientieren könne, ganz wie es Vertreter des (Neo-) Realismus in den Internationalen Beziehungen, wie etwa John Mearsheimer fordern, aber auch der Politikwissenschaftler Herfried Münkler anklingen lässt. Es ist gerade atemberaubend, wie in kürzester Zeit in dieser Debatte ganze Denktraditionen mit offenkundiger Begeisterung zu Grabe getragen werden, ohne dass kritisch hinterfragt wird, ob dies gerechtfertigt ist: Zeigt der

Ukrainekrieg denn wirklich, dass Diplomatie oder der Interdependenzansatz gescheitert ist? Wie klug kann eine Politik sein, die per „Zeitenwende“ einfach das Gegenteil des Vorangegangenen in Szene setzen will? Wer die Strategielosigkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik beklagt, dem oder der muss doch genau dies deutlich aufstoßen. Genau hier setzt dieser Beitrag an, um aufzuzeigen, dass Frieden nicht allein auf militärischer Abschreckung und Eindämmung gegründet werden kann, sondern auf Interdependenz und Kooperation in gemeinsamen Institutionen angewiesen ist, wenn er nachhaltig sein soll. Wer Frieden will, muss sich mithin für den Frieden rüsten, militärisch und politisch!

Das Versagen von Diplomatie und Kooperation wird gemeinhin an zwei, allerdings eher gegensätzlichen Argumenten festgemacht: Das erste geht davon aus, dass der Westen Putins Aggression jahrzehntelag unterschätzt oder verdrängt habe und mit Appeasement auf die russische Aggression reagiert hätte, wo Abschreckung und Eindämmung nötig gewesen wären, vulgo: Spätestens mit der russischen Annexion der Krim. Dieses Argument verweist auf Putins Texte und Reden über ein neues russisches Imperium und seine Verneinung eines Staatsanspruchs der Ukraine, die alle lang bekannt waren.

Das zweite Argument entspringt eher der geopolitisch argumentierenden Realistischen Denkschule der Internationalen Beziehungen und sieht das Versagen viel grundlegender, denn hier ist es der Glaube an Kooperation per se, der verantwortlich ist: In diesem Argument geht es nicht um die Aggression Putins, sondern des Westens, allen voran der USA, ihren Einflussbereich vermittels der NATO immer weiter in den Osten und damit an die Türschwelle Russlands ausgedehnt zu haben. Der Fehler des Westens liegt demzufolge darin übersehen zu haben, dass Russland als Großmacht keinen an den Westen orientierten Staat an seinen Grenzen dulden würde. Diese Kritik verweist auf die berühmte Brandrede Putins auf der Sicherheitskonferenz 2007, in der er die NATO davor warnte, Georgien oder die Ukraine aufzunehmen. Der Krieg mit Georgien 2008 und die Annexion der Krim 2014 sowie die Destabilisierung im Donbass waren in dieser Perspektive klare Signale, dass rote Linien überschritten würden, die der Westen ignorierte. Der Westen hat insofern die Realitäten von Großmachtpolitik nicht beachtet und dafür zahlt die Ukraine nun den Preis. „It’s not imperialism; this is great-power politics“, wie John Mearsheimer es so prägnant im Interview mit dem New Yorker formulierte.

Je nach Argument war es also entweder das Appeasement gegenüber Russland oder Aggression gegenüber Russland, die diesen Krieg (mit-)hervorgebracht haben. Einig sind sich beide Argumentationslinien darin, dass sie die Idee einer kooperativen Sicherheitsordnung mit Russland in Europa kritisieren als Illusion oder gleich als Fehler. Dabei übersehen beide aber großzügig alle Leistungen dieser Ordnung.

Die verkannten Leistungen der kooperativen Sicherheitsordnung

Mit der Implosion der Sowjetunion bzw. des Ostblocks in den späten 1980er Jahren setzte die strategische Debatte über den Umgang mit der Sowjetunion ein: Containment oder Integration war eine der zentralen Fragen. Letztlich war es nicht zuletzt das Ziel einer raschen Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten, die der Integration und das heißt einer kooperativen Sicherheitsstruktur in Europa den Vorzug gab. Denn ohne die Zustimmung der Sowjetunion wäre das nicht möglich gewesen. Mit der Transformation der Helsinki Schlussakte von 1975 in ein bindendes Vertragssystem, niedergelegt und umgesetzt durch die Charta von Paris von 1990, die OSZE und den Europarat, wurde eine Ordnung etabliert, die auf den Pfeilern territoriale Integrität, souveräne Gleichheit und der Pflicht zur friedlichen Konfliktbeilegung gründet. Diese kooperative Sicherheitsordnung, abgestützt durch gemeinsame Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildende Maßnahmen sowie die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, schaffte die Rahmenbedingungen für den Übergang zu einer Friedensordnung in Europa: Sie ermöglichte die Liberalisierungs- und Demokratisierungswellen in Ost- und Mitteleuropa und sie sorgte für die schnelle Wiedervereinigung zwischen DDR und Bundesrepublik. Ohne Bekenntnis zu kooperativer Sicherheit wäre das in dieser Zeitspanne nicht denkbar gewesen.

Die kooperative Sicherheitsordnung hat gleichwohl nicht gehalten. Die Probleme setzten bereits Ende der 1990er Jahre ein und verschärften sich in den 2000er Jahren. Ein Element darin waren auch die sukzessiven Erweiterungen von Nato und EU. In den 1990ern war das noch handhabbar, weil die NATO die Konsultation mit Russland über ihre Erweiterungen suchte und substanzielle Zugeständnisse machte (etwa die Versicherung, keine permanente Truppenstationierung in den osteuropäischen NATO-Staaten vorzunehmen oder später die Einrichtung des NATO-Russland-Rates in Reaktion auf die Aufnahme der baltischen Staaten). Die Rolle der NATO in den Balkankriegen, die immer deutlichere Anlehnung Georgiens und der Ukraine an Westeuropa und NATO sorgten allerdings dafür, dass die Spannungen und Krisen sich zusehends verschärften. Unter Putin als Präsident wurden schließlich die Androhung militärischer Gewalt und ihre Anwendung wieder möglich in Europa, in Tschetschenien, in Georgien und in der Ukraine in 2014 und heute.

Putins Invasion der Ukraine hat die kooperative Sicherheitsordnung in Europa zerstört, aber nicht diese war verantwortlich für diesen Krieg: Putin trägt die Verantwortung. Er wurde von niemandem gedrängt, er wurde nicht bedroht, er glaubte nur, damit durchzukommen. Er nahm an, der Westen sei weitestgehend mit sich selbst beschäftigt: Der überhastete Abzug aus Afghanistan im Sommer 2021, die Corona-wundgescheuerten liberalen Gesellschaften und nicht zuletzt die vielen Konflikte in der Europäischen Union boten eine Gelegenheit, die er willens war zu ergreifen. Mit anderen Worten: Gegen einen Aggressor, der gewillt ist, seine Interessen militärisch durchzusetzen, können Normen und Institutionen nichts ausrichten. So wenig wie innerstaatliche Normen alle und jedes Rechtssubjekt in jeder Situation dazu programmieren können, sie zu befolgen, so wenig können internationale Normen dies erreichen. Für diese „rogues“ existieren innerstaatlich die Sicherheitsbehörden und das Strafrecht, im internationalen Raum gibt es zwar das internationale Recht und das Völkerstrafrecht. Vergleichbare Sicherheitsbehörden aber gibt es nicht, sondern nur die dezentrale Rechtsdurchsetzung durch Sanktion und Gewalt, d.h. militärische und zivile Zwangsmaßnahmen bzw. deren glaubwürdige Androhung.

„Rogues“ in politischen Ordnungen

Worauf sollten nun aber politische

Ordnungen gegründet werden? Auf die wenigen „rogues“ oder die durchschnittlichen Regelbefolger? Für innerstaatliche Ordnungen existiert weitgehend Einigkeit, dass es nicht sinnvoll ist, Ordnungen an den wenigen „rogues“ auszurichten. Zu teuer, zu repressiv und dadurch zu instabil wären die daraus resultierenden Ordnungen, von ihrer normativen Qualität ganz zu schweigen. Müssten sich internationale Ordnungen stattdessen, weil potente „rogues“ im Ernstfall über Massenvernichtungswaffen verfügen, stattdessen an diesen „rogues“ ausrichten? Letztlich gilt eine ähnliche Abwägung: Ordnungen, die allein auf Repression, d.h. Abschreckung setzen, sind nicht nur teuer, sondern auch weniger stabil. Die vielen „near misses“ des Kalten Krieges, die bekannteren davon die Berlinblockade von 1948-1949, die Kubakrise von 1961 und die zweite Berlinkrise von 1958-1959, die die Welt an den Rand der nuklearen Vernichtung brachten, führen dies vor Augen. Auch international sind mithin diejenigen Ordnungen besser aufgestellt, die nicht allein auf Repression und Abschreckung setzen, sondern die zugleich ein Netz gemeinsamer Normen, Regeln und Verfahren pflegen, das die Interaktionen zwischen ihren Mitgliedern strukturiert. Dazu zählt auch die Förderung von Verflechtung zwischen ihren Mitgliedern, denn diese sind ein wesentlicher Faktor, um das Interesse an Kooperation zu stabilisieren und zugleich Wirkbedingung wirtschaftlicher Sanktionen bzw. ihrer glaubhaften Androhung.

Für eine zukünftige Friedensordnung wird darum mehr als militärische Abschreckung und Wehrfähigkeit benötigt, auch wenn diese unbedingt geboten sind, um den wenigen, aber potenten „rogues“ Einhalt zu gebieten. Um nachhaltig stabil zu sein, sind auch Verflechtung und gemeinsame Normen und Institutionen vonnöten, um diese zu managen. Angesichts der brutalisierten Kriegsführung des russischen Regimes in der Ukraine, den offensichtlichen Kriegsverbrechen in Mariupol oder jüngst in Butscha, ist diese neue Ordnung kaum mehr als ein Gedanke.

Kontrollierte Entflechtung

Gegenwärtig erleben wir vor allem den weiteren Abbau der alten Ordnung. Politisch lässt sich das im Ausschluss Russlands aus dem Europarat beobachten, in russischen Andeutungen, auch die OSZE oder etwa die verbleibenden Rüstungskontrollabkommen stünden zur Disposition und nicht zuletzt in dem durch die Sanktionspakete beschrittenen Pfad der Entflechtung der Volkwirtschaften voneinander. Mehr und mehr Unternehmen ziehen sich aus Russland zurück, selbst wenn sie nicht direkt von den Sanktionen betroffen sind, um zukünftigen Sanktionen zuvorzukommen oder eine negative Presse zu vermeiden. Darüber hinaus wird auch an einer längerfristigen Entflechtung, etwa im Bereich kritischer Infrastrukturen und Ressourcen, wie im Energiesektor, gearbeitet. Diese Form der kontrollierten Entflechtung ist notwendig, um zu verhindern, dass Russland die Verflechtung als Druckmittel im Konflikt nutzen kann. Dieses Phänomen von „weaponized interdependence“ tritt dann auf, wenn die wechselseitige Verflechtung extrem asymmetrisch ausgeprägt ist, d.h. dass eine Seite eine so zentrale Position in einem Netzwerk oder in einer Lieferkette einnehmen kann (beispielsweise über die Verfügung über Ressourcen), dass sie die andere Seite erpressen kann. Russland hat genau dies mit Blick auf die Energieversorgung in Europa bereits angedroht. Es ist aber beileibe kein russisches Phänomen, auch China hat dies im Bereich der Hochtechnologie versucht oder die USA im Bereich Finanzmarkttransaktionen: zu denken ist etwa an Europas hilflose Bemühungen, etwas gegen die Finanzsanktionen der USA gegenüber dem Iran zu unternehmen. Verflechtung erzeugt nicht automatisch positive Effekte für internationale Ordnungen, entscheidend sind deren Qualität und Form sowie ihre Absicherung.

Gefährlich wird es, wenn kontrollierte Entflechtung, d.h. der Abbau solcher extrem asymmetrischen Verflechtungen durch den Aufbau alternativer Lieferketten und eigener Redundanzen übergeht in eine unkontrollierte Entflechtung, in der wahllos weitere Verflechtungen zerstört werden. Tendenzen dazu sind gegenwärtig bereits sichtbar, etwa im Bereich der Kultur, Kunst oder der Wissenschaft, in der über die Absage an gemeinsame Programme und Austausch Kanäle in die jeweils andere Gesellschaft abhandenkommen. Dadurch wird die Fähigkeit geringer, Einblick in die jeweils andere Realität zu erhalten und dadurch auch Empathie füreinander zu entwickeln. Niemand muss sich mit Putin aussöhnen oder jenen, die Kriegsverbrechen begangen haben, die Hand reichen, und man kann dennoch konzedieren, dass es wichtig ist, Kontakt zu halten. Dies gilt umso mehr in einer Situation, in der hinlänglich bekannt ist, dass die russische Bevölkerung der pausenlosen Propaganda durch die eigene Führung ausgesetzt ist und nur wenige Möglichkeiten hat, an alternative Informationen zu gelangen.

Nun meinen viele, dass Interdependenz als Friedensstrategie per se diskreditiert sei durch diesen Krieg. Aber auch hier sagen die Erfahrungen etwas anderes. Abgesehen von stark asymmetrischen Interdependenzbeziehungen, in denen Akteure extrem ungleich verletzlich gegenüber einem Abbruch der Interdependenz sind, und insgesamt extrem starken Verflechtungen, die durch ihre Intensität eigene Konfliktherde erzeugen, sind etwa solche Interdependenzbeziehungen zwischen Großmächten, in denen beide Seiten erwarten, zukünftig Gewinne aus der Verflechtung zu ziehen, friedensfördernd, weil keine Seite ein Interesse daran hat, diese Gewinne zu riskieren. Das gilt natürlich nur, wenn dieses Risiko gegeben ist, d.h. ein Ausscheren aus der Kooperation mit der Erwartung signifikanter Vergeltung belegt ist.

Darin liegt der strategische Fehler, den man für die Vergangenheit im Umgang mit Putins Russland markieren könnte: Auf Kosten der Sicherheit wurden stark asymmetrische Interdependenzen zuungunsten des Westens eingegangen und versäumt, dafür Möglichkeiten der Vergeltung miteinzuplanen. Brandts Ostpolitik, die gern als Sinnbild für das Scheitern von Frieden durch Interdependenz herangezogen wird, war sich dessen noch bewusst. Ohne Abschreckung als Rahmen keine Annäherung. Das Ausscheren aus der Kooperation muss effektiv beobachtet und dann auch bearbeitet werden können, so dass alle „Partner“ sicher sein können, dass sie bei Ausscheren schwerwiegende Konsequenzen zu erwarten haben und dass diejenigen, die kooperieren, dabei nicht „ihren Kopf“ riskieren.

Die große strategische Aufgabe der Zeitenwende wird es sein, die Frage zu beantworten, wie beides, militärische Abschreckung und Kooperation, im 21. Jahrhundert, d.h. in einer hochgradig arbeitsteiligen Weltwirtschaft bei gleichzeitig hoher Informationsunsicherheit, zusammengedacht und -gebracht werden müssen.

Bezirkstag von Mittelfranken setzt Signal gegen Sexismus und sexuelle Belästigung

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der SPD-Bezirkstagsfraktion

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Bezirkstag von Mittelfranken am 5. April beschlossen, die Erklärung „Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung“ zu unterzeichnen und darüber hinaus Leitlinien für alle Dienststellen und Einrichtungen des Bezirks zu entwickeln. Die öffentliche Erstunterzeichnung der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten gemeinsamen Erklärung fand am 26. Oktober 2021 in Berlin durch Ministerin Christine Lambrecht, Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Burkhard Jung, den Präsidenten des Deutschen Städtetages u.a. statt. Die Erklärung unterstützen inzwischen viele Persönlichkeiten und Institutionen des politischen und öffentlichen Lebens.

Wider den alltäglichen Sexismus

Wir als SPD-Fraktion waren der Meinung, dass es an der Zeit ist, dass auch der Bezirk Mittelfranken ein besonderes Signal setzt gegen sexuelle Diskriminierung. Wie Alltagserfahrungen und Statistiken belegen, sind sexuelle Belästigung, verbale Anmache, übergriffige Verhaltensweisen bis hin zu massivem sexistischen Bedrängen in Arbeitswelt und Gesellschaft leider keine Ausnahmeerscheinungen. Das gilt auch für die Dienststellen und Einrichtungen des Bezirks. Der alltägliche Sexismus verschwindet natürlich nicht automatisch durch die Unterzeichnung einer Erklärung.

Leitlinien schärfen Sensibilität

Deswegen ist es wichtig, dass auch Leitlinien für den täglichen Umgang entwickelt werden. Niemand – keine Frau, aber auch kein Mann – obwohl Männer nur in sehr geringfügigem Ausmaß unter Sexismus zu leiden haben -,muss sich sexuelle Diskriminierung gefallen lassen. auch für Durch nachhaltiges Personalmanagenagement müssen möglichst alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Erstellung der Leitlinien eingebunden werden. Das schärft die Sensibilität gegenüber Sexismus. Den Betroffenen muss Mut gemacht werden, sich dagegen zu wehren. Es braucht Anlaufstellen, z.B. die Gleichstellungsbeauftragte und den Personalrat, die unterstützen und dafür sorgen, dass sexistisches Verhalten sanktioniert und abgestellt wird, und dass, wenn es nicht anders geht, auch personelle Konsequenzen gezogen werden.

Frauen mit Behinderung dreimal häufiger von Sexismus betroffen

Der Bezirk Mittelfranken ist nicht nur einer der größten öffentlichen Arbeitgeber in der Region. Er ist auch zuständig für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. In meiner Stellungnahme im Bezirkstag habe ich darauf hingewiesen, dass wir nicht erst seit der #MeToo-Kampagne wissen, dass von Sexismus, sexueller Belästigung bis hin zu sexueller Gewalt Frauen mit Behinderung dreimal häufiger betroffen sind als nicht behinderte Frauen. Mit dem Beitritt zur Erklärung wollen wir allen mit großem Respekt danken, die sich im Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung täglich für den Schutz besonders vulnerabler Menschen einsetzen. Wir wollen aber auch möglichst viele ermutigen, diesem Beispiel zu folgen und im Alltag Zeichen zu setzen für einen diskriminierungsfreien Umgang miteinander.

Aktiv sein gegen Sexismus stärkt unsere Demokratie

Wir werden selbstverständlich genau nachhalten, wie der Beschluss umgesetzt wird. Die Unterzeichnung dieser Erklärung und die Entwicklung von Leitlinien für Verwaltungen und Betriebe sind wichtige Initiativen, um unsere Demokratie zu stärken gegen Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Rechtsextremismus schließt Gleichstellung aus. Rechtsextremismus ist unvereinbar mit unserer offenen Gesellschaft.

Weiter geht‘s auf der Rückseite

Für diese Leitlinien setzen wir uns ein:

• Wir werben für eine Kultur und Organisationen, in denen Sexismus und sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Männer keinen Platz haben.

• Wir sehen das Einschreiten gegen sexistisches Verhalten und sexuelle Belästigung als Selbstverständlichkeit und Führungsaufgabe. Wir wollen alle Verantwortlichen sensibilisieren und in Initiativen einbeziehen.

• Wir wenden klare Leitlinien zum Umgang mit Sexismus und sexueller Belästigung an.

• Wir informieren über das Verbot der Benachteiligung (wegen des Geschlechts) und sexueller Belästigung und richten Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ein.

• Prävention und Sensibilisierung stehen an erster Stelle. Wir verbessern daher die Verbreitung von Informationen über Sexismus, sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt, individuelle Handlungsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

• Wir wollen die Zugänge für Frauen zur Kultur- und Medienbranche erleichtern und die Repräsentanz von Frauen auf Bildschirmen und Bühnen erhöhen. Wir setzen uns noch stärker dafür ein, die Zugangsmöglichkeiten für Frauen in Führungspositionen zu verbessern.

• Wir motivieren alle, Verantwortung zu übernehmen und sich gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt in Kultur und Medien, im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz einzusetzen und Betroffenen zu helfen.

• Wir verstehen es als eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, Sexismus und sexualisierte Gewalt in all ihren Erscheinungsformen zu verhindern und zu beenden.

SAVE THE DATE:

Informationsworkshop der Bezirkstagsfraktion am 16. Juli

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf die Landtags- und Bezirkswahlen müssen wir uns gemeinsam gut vorbereiten. Im Vorfeld der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten in den Stimmkreisen laden wir in Abstimmung mit dem Vorstand der Mittelfranken SPD alle Interessierten zu einem Informationsworkshop ein.

Weitere Informationen findest du hier: https://kurzelinks.de/em1a

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Felix Klingert

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Treffen der SPD Erlangen Ost findet am

10. Mai 2022 um 19 Uhr im Brückenpaulus

statt. Wir freuen uns Euch wiederzusehen.
Bei Fragen meldet Euch bitte bei Felix Klingert (felix.klingert@gmail.com) oder Silvia Schäfer (schaefer-erlangen@web.de).

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung am

Mittwoch,
11.05.2022, 19.00 Uhr
Schlossgaststätte,
Schlossgasse 7

Tagesordnung :
1. Aktuelles: zur politischen Lage.
2. Einige Hintergrundinfos zur Problematik „Eingemeindung Tennenlohe 1972".
3. Auseinandersetzung mit der Haltung des Kreisverbands zur Friedensproblematik angesichts der neueren Entwicklungen.
4. Orts- bzw. Stadtteilbeiräte als Instrument partizipativer demokratie: Notwendigkeit einer Neujustierung angesichts erheblicher Kommunikationsprobleme mit der Verwaltung.
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlung vom 06.04.2022 in Tennenlohe

Top 1: Aktuelles
Der Distrikt diskutiert über die Impfpflicht. Von fünf der anwesenden sieben Mitgliedern wird bedauert, dass die Abstimmungen zu einer Impfpflicht im Bundestag keine Mehrheit fand. So bleibt es, auf die Selbstverantwortung aller zu hoffen, um eine befürchtete weitere Pandemiewelle im Herbst zu vermeiden.

Top 2: Diskussion zum Krieg in der Ukraine
Der russische Angriffskrieg in der Ukraine wird allgemein verurteilt. Der Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Über die Folgen und Handlungen wird heftig gestritten. Die SPD sieht sich als Friedenspartei. Die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete wurde immer abgelehnt. Ist es jetzt richtig, sich von dieser Haltung abzuwenden? Wäre es sinnvoller, die Energieimporte aus Russland jetzt einzustellen, auch wenn dies unseren Wohlstand gefährdet. Es gibt keine einfachen Antworten.

Top 3: STUB-Lokalforum
Rolf berichtet vom STUB-Lokaltermin, der am 30.03. online abgehalten wurde. Die Vorzugstrasse durch den Ort wurde nun endgültig festgelegt. Die Querung der Kreuzung am Wetterkreuz bleibt weiterhin ein kritischer Punkt. Ein Umbau bzw. Neubau der Brücke wird vom Staatlichen Bauamt wegen nicht mehr vorhandener Dringlichkeit abgelehnt. Homeoffice und verbesserte Amüelschaltung haben die Stauproblematik weitgehend behoben.

Top 4: Bushaltestelle am Wetterkreuz
Die Bushaltestelle am Wetterkreuz (Richtung Erlangen) wurde vor einiger Zeit um knapp 100 Meter Richtung Ortsmitte verschoben, um den Rückstau der LKWs bei der Einfahrt in die Tankstelle zu reduzieren. Das hat auch funktioniert. Nun müssen die Leute 100 Meter weiter laufen. Manche Stimmen behaupten, das sei nicht zumutbar! Und es wurde in den Medien (Presse, Frankenfernsehen) heftig kritisiert. Dagegen wurde

aus der Verkehrsabteilung des Referats Planen und Bauen informell mitgeteilt, dass die Verlegung der Haltestelle nach anfänglichen heftigen Widerständen inzwischen befürwortet wird wegen der oben bereits angeführten positiven Auswirkung. Aber: Die Beibehaltung der Haltestelle am neuen Ort hätte dann zur Folge gehabt, dass das Bushäuschens, das noch an der alten Haltestelle steht, verlegt werden müsste. Das aber scheitert an den Grundstücksbesitzern, die keinen Quadratmeter für die Grundfläche des Bushäuschens hergeben wollen. So hätten wir dann einen klassischen Schildbürgerstreich: an der alten Haltestelle steht ein Bushauschen nutzlos in der Gegend herum. Also hat sich der Ortsbeirat, auch auf heftiges Drängen des Vorstandes der Stadtwerke, dazu entschlossen, die Rückverlegung der Haltestelle zu beantragen bei allen dadurch bedingten negativen Folgen.

Top 5: Gespräch mit anderen Distrikten
Am 30. März fand ein weiteres Treffen von Distriktvertreter/innen statt. Die Ergebnisse sollen zeitnah mit dem Kreisvorstand diskutiert werden.

Top 5: Sonstiges
Der Distriktvorstand trifft sich am 14. April online zu einer Jahresplanungssitzung.
Termin für den diesjährige Distriktausflug nach Amberg ist der 30.-31. Juli.
Der nächste Tennenloher Bote wird voraussichtlich Anfang Mai fertig sein.
Hans schlägt einen Rundgang durch ganz Tennenlohe zum Maskenaufsammeln vor.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzende:
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktsitzung findet am

Mittwoch, den 18.05. um 20 Uhr im Güthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach)

statt. Nachdem es leider wegen der Pandemie nicht wie ursprünglich geplant im November geklappt hat, statten uns nun die letztes Jahr im Juli neu gewählten Kreisvorsitzenden Munib Agha und Sandra Radue im Rahmen ihrer Vorstellungstour durch die Distrikte einen Besuch ab. Es wird reichlich Gelegenheit zur Diskussion der Situation im Distrikt geben, Wünsche und Anregungen an den Kreisverband können persönlich an die Vorsitzenden weitergegeben werden.
Wie immer freuen wir uns über zahlreiche Teilnahme!
Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

Jusos

Vorsitzende:
Mark Schuster
Sophia Waldmann
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,
im Mai 2022 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:
- 03.05.: Ökonomische Ungleichheit & Klimaschutz
- 17.05.: Green New Deal
- 31.05.: EU in der NATO/NATO in Europa Historie und aktuelle Entwicklung

Aufgrund der pandemischen Lage ist noch unsicher, ob die Sitzungen in Präsenz oder im digitalen Raum stattfinden. Weitere Informationen und einen möglichen Einwähl-Link oder Adresse der Präsenzsitzung geben wir natürlich auf Slack oder per Mail bekannt. Ebenso kann es natürlich zu Änderungen in den Themen kommen.
Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand